

Inhalt April 2026

Zur neuen US-Verteidigungsstrategie:

- 28.01.2026 Isborski Klub: Alexander Agejew – Russland aus Sicht der amerikanischen Strategie
- 29.01.2026 Profil:Dmitri Trenin – Welche Schlussfolgerungen sollte Russland aus der Nationalen Verteidigungsstrategie der USA ziehen?

Zur US-Aggression gegen Venezuela und Kuba:

- 08.01.2026 Waldai Klub: Oleg Barabanow – Die USA gegen Maduro: Die Doktrin der »Staatseroberung«
- 08.01.2026 Swobodnaja Pressa: »Die Schwachen werden geschlagen, die Naiven betrogen, die Verräter gekauft«: Die KPRF warnte den Kreml vor Trumps »Absichten« gegenüber Kuba
- 13.02.2026 Swobodnaja Pressa: Die Ölblockade gegen Kuba könnte zu einer neuen Karibikkrise führen
- 04.03.2026 Nesawissimaja Gaseta: Alexandra Arabadschan – Wie soll sich Kuba verhalten und soll es überhaupt existieren?
- 06.03.2026 RTVI: Andrej Pjatakow – »Kuba muss durchhalten«. Warum davon das Schicksal Russlands abhängt
- 10.03.2026 Argumenty Njedjeli: Professor Viktor Heifez über Trumps aggressive Politik

Zum Iran-Krieg:

- 02.03.2026 Kommersant: Iwan Timofejew – Sieben Lehren aus der Iran-Krise für Russland
- 04.03.2026 Wsgljad: Sergej Lebedjew – Warum die USA keinen Plan für den Iran haben?
- 10.03.2026 Profil: Fjodor Lukjanow – Lehren für morgen
- 10.03.2026 Swobodnaja Pressa: Washington am Telefon: Trump, der erkannte, dass er sich im Iran in eine schwierige Lage gebracht hatte, rief Putin am Abend an
- 13.03.2026 Isborski Klub: Sergej Glasjew – Aggression gegen den Iran. Was geschieht und was noch geschehen wird

Impressum

MARXISTISCHE BLÄTTER

Hoffnungstraße 18, 45127 Essen

Telefon: 0201 | 23 67 57

E-Mail: redaktion@marxistische-blaetter.de

Marxistische Blätter im Internet:

www.marxistische-blaetter.de

www.facebook.com/MarxBlätter

Satz und Gestaltung: Medienwerkstatt

Kai Münschke, Essen, www.satz.nrw

Verlag: Neue Impulse Verlag GmbH

E-Mail: info@neue-impulse-verlag.de

Anschrift und Telefon: wie Redaktion



Die neue »Verteidigungsstrategie der USA«

Die Bedrohung Kubas und der Krieg gegen den Iran¹

Was steht in der neuen US-Verteidigungsstrategie über Russland und welche Schlussfolgerungen zieht Russland daraus? Was steckt hinter der neuen Strategie der »Staatsübernahme«? Wie ernst ist die Bedrohung Kubas durch die USA? Was bedeutet die Ölblockade für Kuba und die Karibik? Und wie soll und wird sich Russland verhalten? Welche Szenarien sehen russische Kommentatoren im Iran-Krieg? Hat Trump einen Plan für den Iran? Welche Lehren soll oder wird Russland aus dem Iran-Krieg ziehen?

Diese Fragen stehen im Fokus dieser Ausgabe von Russland intern. Wiederum bringen wir Texte russischer Experten im O-Ton, mit Datum und Quelle als Arbeitsmaterial, – unzensiert und unkommentiert. Die Auswahl eines Textes bedeutet nicht Zustimmung. Für Inhalt und Tonlage sind allein die Autoren der Beiträge verantwortlich, für die kritische gedankliche Verarbeitung jede/r Leser/in. Kritik und Anregungen zu unserem Russland-Reader, für die wir dankbar sind, bitte an: redaktion@marxistischeblaetter.de.

LoG

Lesetipp aus Dresden

Liebe Freunde, die Ausgabe Nr. 51 der [dgksp-diskussionspapiere](#) ist online, getitelt: *»Digitales Gefechtsfeld Ukraine–Russland: Analyse der Mittel, Ergebnisse, Folgen.*

Das Vorwort macht auf die noch unscharfen Begriffe aufmerksam: »Digitaler Krieg«, »neue Infanterie-Doktrin« und »kybernetische Kriegführung« Russlands. Die Nr. 51 enthält die Übersetzung des ungekürzten Textes von Balujewskij/Puchow: **»Digitaler Krieg« – die neue Realität.**

Außerdem aufgenommen ist die Übersetzung der Kurzstudie aus dem amerikanischen *Center for Strategic & International Studies* (CSIS, Washington, DC) von S. Jones und R. McCabe: **Russlands zermürbender Krieg in der Ukraine** – mit »Indikatoren der militärischen Leistungen« Russlands.

Man muss die militärwissenschaftlichen Standpunkte, Analyseergebnisse und Schlussfolgerungen der Autoren keinesfalls teilen. Doch man sollte sie kennen, um die Streitkräfteentwicklung und den Preis für die von Russland erklärte »errungene strategische Initiative« auf dem Gefechtsfeld einordnen zu können.

Grüße aus Dresden,
Rainer Böhme

Anmerkung

- 1 Auswahl und Übersetzung: Ditte Gerns, Russland-AG der Redaktion Marxistische Blätter
Quellen zuletzt abgerufen am 20. März 2026.

Russland aus Sicht der amerikanischen Strategie¹

28.1.2026

Alexander Agejew²

Das US-Kriegsministerium hat eine neue nationale Sicherheitsstrategie der Vereinigten Staaten veröffentlicht. **Als vorrangige Aufgabe der Strategie wird der Schutz der USA genannt.** An zweiter Stelle steht die Eindämmung der VR China im indopazifischen Raum. An dritter Stelle steht die Erhöhung der Belastung der amerikanischen Verbündeten in den Regionen ihrer Verantwortung – Europa und Indo-Pazifik (ATP). An vierter Stelle steht die Aufgabe, die militärisch-industrielle Basis der USA zu stärken, die während der Zeit, als ihnen der Sieg im Kalten Krieg »zu Kopf gestiegen« ist, erheblich geschwächt wurde. Aus der Strategie geht auch die Stellung Russlands aus der Perspektive der amerikanischen Interessen hervor – als »ständige, aber beherrschbare Bedrohung«. Wir zitieren aus der Originalquelle:

»In absehbarer Zukunft **wird Russland eine ständige, aber beherrschbare Bedrohung für die östlichen NATO-Mitglieder bleiben.** ... Obwohl Russland unter einer Reihe demografischer und wirtschaftlicher Schwierigkeiten leidet, zeigt der anhaltende Krieg in der Ukraine, dass es nach wie vor über beträchtliche militärische und industrielle Reserven verfügt... Es verfügt über die nationale Entschlossenheit, die für die Führung eines langwierigen Krieges im nahen Ausland erforderlich ist. Darüber hinaus verfügt Russland, obwohl sich die militärische Bedrohung durch Russland in erster Linie auf Osteuropa konzentriert, über das weltweit größte Atomwaffenarsenal ... und baut sein U-Boot-, Weltraum- und Cyberpotenzial aus, das gegen das Gebiet der Vereinigten Staaten eingesetzt werden kann.

Vor diesem Hintergrund wird das Kriegsministerium dafür sorgen, dass die US-Streitkräfte bereit sind, das US-Territorium vor der russischen Bedrohung zu schützen. Das Ministerium wird auch weiterhin eine wichtige Rolle in der NATO spielen, auch wenn wir die Streitkräfte und Aktivitäten der USA auf dem europäischen Kriegsschauplatz anpassen werden, **um der russischen Bedrohung**

der amerikanischen Interessen sowie den eigenen Fähigkeiten unserer **Verbündeten besser Rechnung zu tragen.**

Moskau ist nicht in der Lage, Anspruch auf die Vorherrschaft in Europa zu erheben. Das europäische NATO-Bündnis übertrifft Russland in Bezug auf die Größe seiner Wirtschaft, die Bevölkerungszahl und damit auch die latente militärische Stärke. Gleichzeitig ist Europa zwar nach wie vor wichtig, doch sein Anteil an der weltweiten Wirtschaftskraft nimmt ab. Daraus folgt, dass wir uns zwar weiterhin in Europa engagieren werden, aber dass wir uns vorrangig auf die Verteidigung des US-Territoriums und die Eindämmung Chinas konzentrieren müssen und werden.

... Unsere NATO-Verbündeten sind Russland in ihrer Macht weit überlegen – der Unterschied ist enorm. Allein die Wirtschaft Deutschlands übertrifft die Wirtschaft Russlands bei weitem. Gleichzeitig haben sich die NATO-Verbündeten unter der Führung von Präsident Trump verpflichtet, ihre Verteidigungsausgaben auf einen neuen globalen Standard von insgesamt 5 % des BIP zu erhöhen, wobei 3,5 % des BIP in die Stärkung der militärischen Fähigkeiten investiert werden sollen. **Somit haben unsere NATO-Verbündeten alle Chancen, die Hauptverantwortung für die konventionelle Verteidigung Europas zu übernehmen, mit kritischer, aber begrenzterer Unterstützung durch die USA.** Dazu gehört auch die Initiative zur Unterstützung der Ukraine. Wie Trump sagte, der Krieg in der Ukraine müsse beendet werden. Allerdings betonen sie selbst ausdrücklich, dass dies in erster Linie die Verantwortung Europas ist.«

Was bedeuten diese strategischen Thesen der USA?

Erstens: Die USA werden weiterhin die strategische Initiative und Kontrolle in Europa in ihren Händen behalten. Die USA werden Europa nicht verlassen. Nach eigenem Ermessen können die USA Konflikte auf dem europäischen Kontinent auslösen, sie so lange wie nötig

andauern lassen, sie nicht beenden, sondern aussetzen, indem sie den für die USA günstigen Zeitpunkt wählen, und natürlich zu amerikanischen Bedingungen. Das Mantra »Frieden in der Ukraine« bedeutet nicht das Ende des Krieges, sondern dessen Einfrieren bis zu besseren Zeiten.

Darüber haben wir bereits in unserem Kommentar »Die kurze Leine der Verhandlungen« vom 14. Mai 2025 gesprochen: »Die Amerikaner nutzen Verhandlungen fast immer als Mittel zur Kontrolle des Eskalationsniveaus. In einer Situation, in der eine Atommacht in Gestalt der USA über einen Mittelsmann auf dem Territorium einer anderen Atommacht (Russland) Krieg führt, ist die Kontrolle des Eskalationsniveaus von außerordentlicher Bedeutung. Sie verhindert, dass es zu einem direkten militärischen Konflikt kommt, der zu einem Austausch von Nuklearschlägen führen könnte.«

Der zweite wichtige Punkt des von Trump initiierten Verhandlungsprozesses ist die Verringerung des militärischen Drucks Russlands auf das unter der Vormundschaft des Westes stehende Regime in Kiew. Der dritte Punkt ist, dass die laufenden Verhandlungen ein Mittel sind, um die Mobilisierung Russlands zu bremsen, vor allem auf psychologischer Ebene. Der Sieg ist zu zwei Dritteln immateriell. Die Verhandlungen, die von den russischen Medien und einem Großteil der Meinungsführer aufgeblasen wurden, entmutigen sowohl die Truppen als auch die Bevölkerung und den Staatsapparat.

Zweitens: In der neuen Nationalen Sicherheitsstrategie der USA wird der wahrscheinlichste und akzeptabelste künftige Kriegsschauplatz mit Russland definiert – Osteuropa mit dem Epizentrum in dem vom Kiewer Regime kontrollierten Gebiet. Sie scheint übrigens immer mehr – wie eine verborgene Macht – weit über die Grenzen der Ukraine hinaus nach Europa, Südamerika, Afrika hindurch ... Es versteht sich, dass der Krieg gegen Russland größtenteils direkt von den Gebieten heraus geführt werden wird, die früher zur UdSSR gehörten – Litauen, Lettland, Estland,

Moldawien, den ehemaligen Mitgliedern des Warschauer Pakts – Polen und Rumänien, sowie den früher neutralen Ländern – Finnland und Schweden. Die Front erstreckt sich vom Baltikum bis zum Schwarzen Meer. In Bezug auf diese Länder wird im Westen bereits ganz selbstverständlich der Begriff »Frontstaaten« verwendet. Den Ländern Westeuropas kommt in dieser Phase der militärischen Konfrontation mit Russland die Rolle des strategischen Hinterlandes zu. Der Eckpfeiler der europäischen Sicherheitsarchitektur für die USA ist Deutschland.

In der Strategie wird die zentrale Aufgabe des US-Kriegsministeriums definiert, zu verhindern, dass die Kampfhandlungen eines neuen Großen Europäischen Krieges auf amerikanisches Territorium übergreifen.

Diese mehrstufige Gruppierung erhielt in dem strategischen Dokument der USA ihren offiziellen Namen – Europäische NATO (European NATO). Es wird besonders betont, dass es sich um eine Formation innerhalb der NATO handelt. Die Nicht-US-NATO umfasst alle Mitglieder außer den USA. Die europäische NATO »übertrifft Russland in Bezug auf Wirtschaftsgröße, Bevölkerungszahl und damit auch in Bezug auf die latente Militärmacht«. Vorrang hat ein Konflikt mit konventionellen Mitteln mit der europäischen NATO.

Drittens: Die These, dass die NATO-Verbündeten der USA »alle Chancen haben, die Hauptverantwortung für die konventionelle Verteidigung Europas mit kritischer, aber begrenzter Unterstützung der USA zu übernehmen«, spricht für einen nicht-nuklearen Konflikt im europäischen Operationsgebiet. »Konventionelle Verteidigung« bedeutet die Durchführung von Kampfhandlungen mit konventionellen Mitteln. Die »kritische Unterstützung« bezieht sich in erster Linie auf amerikanische Atomwaffen, die dazu dienen sollen, Russland davon abzuschrecken, unter den Bedingungen eines ihm aufgezwungenen Zermürbungskrieges Atomwaffen einzusetzen.

Viertens: Die USA beabsichtigen, nicht nur beim Einfrieren des Ukraine-Konflikts, sondern auch in einem neuen Großen Europäischen Krieg die Rolle des »Vermittlers« zu spielen. Natürlich ist diese ganze Vermittlungslistigkeit Washingtons durchschaubar. Eine Kriegspartei kann kein Vermittler sein. Aber so sind die Zeiten

nun einmal. Kommentatoren sprachen euphorisch von einem »freundschaftlichen Mittagessen« bei den jüngsten »Dreiergesprächen«, während der ukrainische Verteidigungsminister eine neue Zielvorgabe von 50.000 Opfern pro Monat für Russland verkündete.

Fünftens: Es gibt Worte und es gibt strukturelle Konstruktionen. Wohin werden sich die amerikanischen Generäle wenden, die das Rückgrat der Führung der NATO-Streitkräfte in Europa bilden? Wahrscheinlich können und werden sie **nicht als Generäle der USA, sondern als Generäle der europäischen NATO** betrachtet werden. Oberbefehlshaber der NATO-Streitkräfte in Europa ist Generalleutnant Alex Grinkevich von der US-Luftwaffe, der gleichzeitig Chef des Europäischen Kommandos der US-Streitkräfte ist. Das NATO-Kommando in Wiesbaden (NATO Security Assistance and Training for Ukraine – NSATU) wird ebenfalls von einem amerikanischen Generalleutnant, Curtis Bazzard, geleitet, der auch Chef der SAG-U (Security Assistance Group Ukraine) im US-Kriegsministerium ist. Da kommt kein Mäuschen durch, wenn man sich noch die einheitlichen NATO-Standards von der Entwicklung neuer Technologien bis zur Versorgung der Truppen vor Augen führt.

Sechstens: Die Festlegung auf eine Erhöhung der Militärausgaben auf 5 % des BIP führt nicht zu Frieden, sondern zu Krieg. Die Militärbudgets Deutschlands und anderer europäischer NATO-Staaten werden 2026–2027 fast exponentiell wachsen.

Siebtens: Etwa dasselbe, was jetzt in der neuen Strategie steht, sagte Pentagon-Chef Pete Hagseth bereits am 12. Februar 2025 (siehe dazu den Kommentar »Schießen auf mazedonische Art: Trumps »Friedensplan« vom 21. Februar 2025).

Somit macht niemand selbst in offiziellen öffentlichen Dokumenten einen Hehl daraus, dass es bald »einen Großen Europäischen Krieg geben wird«, aber es ist wünschenswert, ohne den Einsatz von Atomwaffen und ausschließlich im Gebiet Osteuropas zu kämpfen, idealerweise innerhalb der historischen Grenzen der UdSSR. Denn schon seit langem »berühren« sich an der Frontlinie auf kämpferische Weise nicht nur die gesamte Ukraine und nicht nur ganz Russland.

Anmerkungen

- <https://izborsk-club.ru/27828>
- Alexander Agejew ist ein russischer Wissenschaftler, Professor an der Moskauer Staatlichen Universität und Mitglied der Russischen Akademie der Naturwissenschaften. Generaldirektor des Instituts für Wirtschaftsstrategien der Abteilung für Sozialwissenschaften der Russischen Akademie der Wissenschaften, Präsident der Internationalen Akademie für Zukunftsforschung, Leiter des Lehrstuhls für Business-Projektmanagement der Nationalen Forschungsuniversität »MIFI«, Generaldirektor des Internationalen Instituts P. Sorokin – N. Kondratjew. Chefredakteur der Zeitschriften »Wirtschaftsstrategien« und »Partnerschaft der Zivilisationen«. Ständiges Mitglied des Isborski Klubs.

Welche Schlussfolgerungen sollte Russland aus der Nationalen Verteidigungsstrategie der USA ziehen?¹

29.1.2026

Dmitri Trenin²

Im Dezember 2025 wurde die Nationale Sicherheitsstrategie der USA veröffentlicht, das wichtigste der drei grundlegenden Dokumente der amerikanischen Strategieplanung. Im Januar folgte die Veröffentlichung der Nationalen Verteidigungsstrategie. Nun bleibt nur noch die Veröffentlichung des abschließenden Textes der doktrinären Triade – des Überblicks über die Nuklearpolitik – abzuwarten. Viele Beobachter bezeichneten Trumps nationale Sicherheitsstrategie als bahnbrechendes oder sogar revolutionäres Dokument. Auch in Russland wurde sie zurückhaltend positiv bewertet. Die Verteidigungsstrategie entwickelt viele Thesen des »älteren« Textes weiter, macht jedoch in einigen Fällen, darunter auch in Bezug auf Russland, »Rückzieher«. Besonderer Wert erhält dieses Dokument durch seinen direkten, sogar zynischen Stil. Diese Aufrichtigkeit ist nützlich.

Von welchem Erbe trennt sich Trump?

In seiner Verteidigungsstrategie lehnt das Pentagon die heuchlerische Philosophie einer »regelbasierten Welt« ab, die von Trumps politischen Gegnern vertreten wurde, aber auch die Einhaltung der Grundsätze des Völkerrechts. Die Strategie bekräftigt auch die Ablehnung der liberalen Ideologie des »Nation Building« durch »Regimewechsel« und die Umgestaltung der Gesellschaften anderer Länder nach dem Vorbild westlicher Demokratien. Da »Regimewechsel« und anschließende Nationenbildung in der Praxis zu »endlosen« Kriegen wie dem 20-jährigen Krieg in Afghanistan führen, werden solche Kampagnen doktrinär abgelehnt.

All diese »Verzichte« führen zwangsläufig dazu, dass die globalen Ansprüche der USA, die unter den gegenwärtigen Bedingungen einer multipolaren Welt nicht rea-

lisiert werden können, etwas zurückgeschraubt werden müssen. Da das Pentagon unter Trump die Notwendigkeit erkennt, die Ressourcen auf die wichtigsten Bereiche zu konzentrieren, und von der These »Amerika zuerst« ausgeht, lehnt es übermäßige Verpflichtungen gegenüber Verbündeten und Partnern ab, die unter ihnen Schmarotzertum entstehen lässt. Die Verbündeten müssen dementsprechend zusätzliche Aufgaben und Kosten übernehmen, erhalten aber keine zusätzlichen Rechte und Freiheiten.

Was bietet Trump stattdessen an?

Die Strategie des Pentagons appelliert an den »gesunden Menschenverstand«, basiert aber in Wirklichkeit auf der Philosophie der militärischen Überlegenheit der »größten Nation in der Geschichte der Menschheit«. Das Ziel der USA ist es, Frieden aus der Position der überlegenen Stärke Amerikas heraus zu erreichen. Der Ansatz ist rein machtorientiert: Die Begriffe »Demokratie« und »Westen« kommen im Text nicht vor.

Die USA gleiten keineswegs in Isolationismus ab und ziehen sich nicht »in sich selbst zurück«. Der amerikanische Interventionismus ändert lediglich seine Formen, und die Hegemonie ändert ihre geografischen Grenzen. Ja, in Washington wird anerkannt, dass sich in der Welt andere Machtpole gebildet haben: China, Russland. Aber Amerika ist der wichtigste, mächtigste Pol, der in der Lage ist, anderen seinen Willen aufzuzwingen. »Regimewechsel« und Sozialtechnik werden »abgeschafft«, aber die gewaltsame Enthauptung von Regimes (Venezuela, potenziell Iran) und deren Sturz durch wirtschaftliche Strangulierung (Kuba) werden nicht nur zugelassen, sondern auch praktiziert oder geplant. Das ist die »multipolare Welt« nach Trump.

Für Trump und sein Team ist Ideologie unwichtig, wenn es um große Gegner geht, aber sie gewinnt an Bedeutung, wenn es um Verbündete geht. Letztere müssen sich ein Beispiel an den USA nehmen und ihrer Politik folgen. Das wichtigste Instrument zur Korrektur des Verhaltens von Verbündeten sind Zollbeschränkungen.

Die These, dass lange Kriege erschöpfend sind, bedeutet keineswegs eine grundsätzliche Ablehnung von Kriegen: Nicht umsonst wurde das Verteidigungsministerium in Kriegsministerium umbenannt. Im ersten Jahr seiner zweiten Amtszeit ordnete Trump wiederholt kurze Militäroperationen auf der ganzen Welt an, bei denen massiv Raketen und Fliegerbomben eingesetzt wurden, ohne jedoch fremdes Territorium zu besetzen. Ziele solcher Angriffe waren Afghanistan, Venezuela, Iran, Jemen, Nigeria und Syrien.

Korrektur der Prioritäten

Die Sicherheit des Staatsgebiets ist die oberste Priorität jedes Staates. In der neuen Strategie des Pentagons wird diese Position bekräftigt und erweitert. Die Sicherheit der westlichen Hemisphäre – des nahen Auslands der USA – ist untrennbar mit der militärischen Sicherheit der Vereinigten Staaten selbst verbunden. Trumps »Folgerung aus der Monroe-Doktrin« postuliert die Wiederherstellung der absoluten militärischen Vorherrschaft der USA in Nord- und Südamerika. Diese Vorherrschaft umfasst die vollständige Kontrolle über wichtige Objekte und Gebiete: den Panamakanal, den Golf von Mexiko (»Amerikanischen Golf«), Grönland sowie das Verbot der militärischen Präsenz von außerregionalen Mächten in der westlichen Hemisphäre oder der Schaffung von Potenzial, das die Interessen der USA bedroht. Letzteres gilt offenbar auch für die wirtschaftliche Expansion

Chinas (im Rahmen der Initiative »Belt and Road«) in Lateinamerika.

Bereits im vergangenen Jahr gelang es den USA relativ leicht, chinesische Unternehmen aus der Verwaltung des Panamakanals zu verdrängen. Anfang dieses Jahres führten die USA eine Militäroperation in Venezuela durch, die ebenfalls die Interessen der VR China beeinträchtigte. Jetzt haben die Amerikaner sich zum Ziel gesetzt, entweder die venezolanische Regierung zu zwingen, im Interesse Washingtons zu handeln, oder diese Regierung durch eine proamerikanische zu ersetzen. Die USA bereiten sich auch darauf vor, durch eine Energieblockade Kubas die Regierung in Havanna zu stürzen und Kuba wieder in den Einflussbereich der USA zurückzuholen, aus dem es 1959 ausgetreten war. Auch die Regierungen Nicaraguas und Kolumbiens stehen vor schwierigen Zeiten.

Durch massiven Druck auf Dänemark und die Europäer haben sich die USA bereits die strategische Kontrolle über Grönland gesichert, was insbesondere für die Schaffung des Raketenabwehrsystems »Golden Dome« wichtig ist. Washington übt auch Druck auf Kanada aus und zwingt es, seine wirtschaftlichen Beziehungen zu China einzuschränken. Dabei droht Trump Ottawa offen mit der Aussicht auf einen Beitritt Kanadas zu den Vereinigten Staaten, und Finanzminister Scott Bessent provoziert Separatismus in der ölreichen kanadischen Provinz Alberta.

Ein wichtiger Aspekt der militärischen Selbststärkung der USA ist die beschleunigte Entwicklung der militärisch-industriellen Basis, von Rüstungsproduktion, Innovationen und Technologien. Militarisation ist ein charakteristisches Merkmal nicht nur der Außen-, sondern teilweise auch der Innenpolitik Trumps, was sich logisch aus seiner Vorliebe für Machtinstrumente ergibt.

Die Eindämmung Chinas wird als zweite Priorität der US-Strategie bezeichnet – nach der Erlangung der vollständigen Kontrolle über den amerikanischen Kontinent. Das Ziel Washingtons ist es, das für Amerika vorteilhafte Kräftegleichgewicht im indopazifischen Raum zu erhalten, wo mehr als die Hälfte des weltweiten BIP erwirtschaftet wird. Von der geopolitischen Dominanz der USA in dieser riesigen Region hängt laut den Autoren der Strategie der Wohlstand der amerikanischen Wirtschaft und,

wie man hinzufügen könnte, das Schicksal des amerikanischen Weltimperiums ab.

Die Strategie sieht vor, Peking daran zu hindern, diese Dominanz durch die Einverleibung Taiwans und das Erreichen der »ersten Inselkette«, die sich von Japan bis zu den Philippinen erstreckt, zu zerstören, d. h. die USA von dort zu verdrängen. China soll durch »Abschreckung« in Schach gehalten werden, d. h. durch die Stärkung der militärischen Fähigkeiten der USA und ihrer Verbündeten in der Region. Die Trump-Regierung bekundet dabei ihr Bestreben, eine direkte Konfrontation mit China zu vermeiden, indem sie vorschlägt, Kontakte auf militärischer Ebene zu entwickeln und sich nach Möglichkeit um eine Entspannung der Lage zu bemühen. Die USA sind jedoch bereit, Verhandlungen mit Peking ausschließlich aus einer Position der Stärke heraus zu führen. Es ist jedoch unwahrscheinlich, dass China mit einem solchen Ansatz einverstanden sein wird.

Die dritte Priorität der Strategie besteht darin, die Verantwortung auf die Verbündeten abzuwälzen. Angesichts des anhaltenden Rückgangs der politischen und wirtschaftlichen Bedeutung Europas in der heutigen Welt beabsichtigt Washington, die Hilfe für die europäischen und gleichzeitig auch für andere Verbündete weiter zu beschränken und von ihnen gleichzeitig eine Erhöhung der Militärausgaben auf 5% des BIP zu verlangen. Im Gegenzug erhalten die Verbündeten von Washington jedoch nicht nur keine strategische Autonomie, sondern es wird von ihnen erwartet, dass sie sich konsequent an die allgemeine Linie der US-Politik halten (insbesondere in Bezug auf die wirtschaftlichen und technologischen Beziehungen zu China) und bereit sind, Waffen in Amerika zu kaufen. In Bezug auf die Verbündeten sieht die Strategie vor, sowohl »Zuckerbrot« als auch »Peitsche« aktiv einzusetzen. Die NATO bleibt bestehen, ebenso wie die »lebenswichtige«, d. h. dominierende Rolle der USA in ihr, aber die neue Strategie des Pentagons entzieht der Allianz faktisch jene ausschließliche Rolle in der Militärpolitik der USA, die ihr an der Wende der 1950er Jahre zugeordnet war.

In der nationalen Verteidigungsstrategie wird die »russische Bedrohung« erwähnt. Allerdings hat ihre Bedeu-

tung nicht nur im Vergleich zur Zeit des Kalten Krieges, sondern auch im Vergleich zu den Amtszeiten der Präsidenten Biden und Obama stark abgenommen. Russland wird im Text nicht mehr als aktuelle Bedrohung für die USA selbst angesehen. Im Gegensatz zur nationalen Sicherheitsstrategie wird diese Bedrohung jedoch als »konstant« charakterisiert, wenn auch nur für die Länder an der Ostflanke der NATO. In der russischen Übersetzung des amerikanischen Dokuments wird die russische Bedrohung als »beherrschbar« bezeichnet. Tatsächlich geht es nicht um die »Beherrschbarkeit« (durch wen? wie?) dieser Bedrohung, sondern darum, dass die NATO-Staaten in der Lage sind, sie selbst (mit allgemeiner Unterstützung der USA) zu bewältigen, indem sie (auf eigene Kosten) ihre eigene Verteidigungsfähigkeit stärken. Russland werde aufgrund fehlender Ressourcen nicht in der Lage sein, die Hegemonie über den gesamten europäischen Subkontinent zu erlangen (ein Schreckgespenst aus Zeiten des Kalten Krieges, das unter den Bedingungen der militärischen Spezialoperation wiederauft), behauptet man im Pentagon. Die USA sind also bestrebt, die Verantwortung für die Konfrontation mit Russland auf ihre NATO-Verbündeten abzuwälzen, um sich selbst auf ihren Hauptgegner – die VR China – konzentrieren zu können.

Die Strategie des Pentagons widmet auch zwei weiteren Gegnern Aufmerksamkeit – dem Iran und Nordkorea. Die USA erklären, dass sie Teheran nicht erlauben werden, sein Atomprogramm wieder aufzunehmen, geschweige denn Atomwaffen zu bauen. Israel wird dabei als »vorbildlicher Verbündeter« der USA bezeichnet. Zusammen mit den arabischen Staaten am Persischen Golf, die an den sogenannten Abraham-Abkommen beteiligt sind, wird es in der Strategie als Schlüsselement für die Aufrechterhaltung eines für die USA günstigen Kräftegleichgewichts im Nahen Osten angesehen. Im vergangenen Jahr griffen die Amerikaner iranische Nuklearanlagen an. Anfang 2026 bereiteten sie sich auf einen neuen Angriff auf dieses Land vor.

Im Gegensatz dazu wird in der amerikanischen Strategie lediglich festgestellt, dass die von der DVRK entwickelten Raketen- und Atomwaffen nicht nur eine Bedrohung

für Südkorea und Japan darstellen, sondern auch eine aktuelle und wachsende Bedrohung für das Gebiet der Vereinigten Staaten selbst. Dennoch überträgt Washington einen Großteil der Verantwortung für die Verteidigung Südkoreas an Seoul, indem es seine Unterstützung einschränkt und die Aufgaben des US-Militärkontingents auf der koreanischen Halbinsel erweitert, wobei es mögliche Krisen um Taiwan im Blick hat. Das Beispiel Nordkoreas zeigt also deutlich: Nur Atomwaffen können vor einem Angriff der USA schützen.

Was bedeutet das für Russland?

Nicht nur in doktrinärer Hinsicht, sondern auch in ihrer realen Politik streben die USA unter Trump danach, die Tendenzen der letzten anderthalb bis zwei Jahrzehnte, in denen Amerika offensichtlich schwächer wurde, umzukehren. Trump will die nationale Basis der amerikanischen Macht erheblich stärken, die westliche Hemisphäre vollständig unter Kontrolle bringen und sie zu einer geopolitischen Basis der USA machen, die Beziehungen zu den Verbündeten optimieren, ihnen die übermäßige Unterstützung durch die USA entziehen und sie gleichzeitig dazu zwingen, den amerikanischen Interessen effektiver zu dienen. Dies bedeutet nicht nur eine Änderung des Konzepts der amerikanischen globalen Hegemonie, sondern auch einen ernsthaften Versuch, diese Hegemonie erheblich zu stärken.

Die »Multipolarität« nach Trump lässt die Existenz großer Mächte zu, die nicht direkt von Washington kontrolliert werden: China, Russland und andere. Sie setzt jedoch voraus, dass diese Mächte die amerikanische Vorherrschaft berücksichtigen und sich dementsprechend »zurückhalten« und gegenüber den USA »vernünftig« verhalten müssen. Dies ist, wenn man so will, die Formel für eine »friedliche Koexistenz« zu den Bedingungen Amerikas. Indem Trump die gesamte westliche Hemisphäre zu seiner exklusiven Einflusszone erklärt, hat er keinerlei Absicht, Chinas Sicherheitsinteressen in Bezug auf Taiwan anzuerkennen. Die offensichtliche Schlussfolgerung daraus lautet: Die amerikanische Strategie sieht keine »Gleichberechtigung« als neue Norm in den Be-

ziehungen der USA nicht nur zu China, sondern auch zu Russland vor.

Das Problem der Aufrechterhaltung der strategischen Stabilität zwischen Washington und Moskau, die seit mehr als einem halben Jahrhundert die Grundlage der bilateralen Beziehungen zwischen den führenden Atom-mächten der Welt bildet, findet in der Nationalen Verteidigungsstrategie keinen Niederschlag. Es wird jedoch in der Nationalen Sicherheitsstrategie erwähnt und möglicherweise noch im Überblick über die Nuklearpolitik näher erläutert. Der Begriff »strategische Stabilität« wird im Text nur einmal verwendet, und zwar in Bezug auf die Beziehungen zwischen den USA und der VR China. Es ist anzunehmen, dass die USA es vorziehen, in der Frage der Entwicklung ihres Arsenal an strategischen Waffen freie Hand zu haben. Die Geschichte der Rüstungskontrolle zwischen Washington und Moskau endet am 5. Februar, wenn der Vertrag über die Reduzierung strategischer Offensivwaffen (START III) ausläuft.

Was ist zu tun

Wir sollten davon ausgehen, dass die USA auch nach einem möglichen Abschluss eines Abkommens über die Ukraine auf absehbare Zeit ein geopolitischer Gegner Russlands bleiben werden. Auf ein »neues Jalta« zu hoffen, wäre naiv. Unter Trump zieht sich Amerika nicht so sehr zurück, sondern konzentriert sich vielmehr. Die Strategie der USA erkennt die Stärken Russlands an (militärische Macht, unter anderem im Weltraum und im Cyberspace, industrielle Kapazitäten, entschlossene Führung), betrachtet Russland jedoch nicht als eine den USA gleichgestellte Großmacht. Eine pragmatische Zusammenarbeit ist möglich, jedoch nur in einzelnen Fragen. Die Grundlage unserer Politik gegenüber den USA bleibt die nukleare Abschreckung, deren Glaubwürdigkeit es zu erhöhen gilt.

Der Niedergang der Rolle und Macht der USA sollte nicht überbewertet werden. Es ist jedoch zu bedenken, dass der Trend zur Schwächung der amerikanischen Hegemonie anhält und Trumps Versuche, diesen Prozess aufzuhalten, das Gegenteil bewirken könnten. Die »Trump-Revolution« stößt im Inland auf Widerstand,

nach den Zwischenwahlen 2026 wird sich der innenpolitische Kampf in den USA noch weiter verschärfen, die Ergebnisse der Präsidentschaftswahlen 2028 sind unvorhersehbar, ein Teil des Erbes von Trump, darunter auch in der Außenpolitik, könnte von seinem Nachfolger, wer auch immer das sein mag, rückgängig gemacht werden. Man sollte sich nicht besonders auf Vereinbarungen mit Trump verlassen: Die USA bleiben eine ideologische Macht, und in Zukunft könnten sie durchaus wieder das gesamte Spektrum ideologischer Mittel in ihrer Politik reanimieren.

Es ist zu bedenken, dass die Sicherheit, die Verteidigung und die bloße Existenz Russlands in nicht geringerem, sondern möglicherweise sogar in größerem Maße von der inneren Stabilität des Staates und dem Zusammenhalt der Gesellschaft abhängen. Die Stärkung der Grundlagen des politischen, wirtschaftlichen und ideologischen Systems des Landes (letzteres muss noch geschaffen werden) ist eine unbedingte Priorität. Der Wechsel an der Spitze des Staates, wann und unter welchen Umständen auch immer er stattfinden mag, wird zu einem Moment außerordentlicher Verwundbarkeit des gesamten staatlichen Verwaltungssystems führen, und unser Gegner wird dies zweifellos ausnutzen.

Der Rückzug der USA in Europa in die »zweite Reihe« wird eine Konfrontation zwischen der NATO und Russland nicht verhindern. Europa ist gegenüber Russland feindseliger eingestellt als jemals zuvor. Ohne sich auf ein Wettrüsten mit konventionellen Waffen einzulassen, muss Moskau seine Strategie der geopolitischen und militärischen, einschließlich nuklearer, Abschreckung der europäischen Verbündeten der USA umsetzen. Von besonderer Bedeutung wird die weitere Integration Russlands und Weißrusslands im Bereich der militärischen und geopolitischen Sicherheit sein.

Die neue Politik der USA gegenüber ihren Verbündeten, insbesondere den europäischen, schafft an sich keine unmittelbaren Möglichkeiten für eine Aktivierung der russischen Politik in Europa. Langfristig könnte jedoch eine gewisse Distanzierung Washingtons von Europa zu einer Wiederbelebung der Meinungsverschiedenheiten zwischen einzelnen NATO-Ländern in Fragen der

Außen- und Militärpolitik führen. In Bezug auf Europa muss Moskau bereit sein, flexibel und einfallsreich zu handeln.

Die Interessen Russlands könnten direkt mit der amerikanischen Expansion in der Arktis kollidieren. In diesem Zusammenhang ist es notwendig, die Verteidigungsinfrastruktur in dieser Richtung, einschließlich der Verteidigungssysteme der Streitkräfte und Objekte der Nordflotte, vor Luft- und Weltraumangriffen (ballistische und Marschflugkörper sowie Drohnen) des Feindes zu stärken, sowie das Potenzial zum Schutz der Schifffahrt auf dem Nordmeer zu entwickeln.

Auf globaler Ebene muss Russland seine militärstrategische und militärtechnische Partnerschaft mit China stärken. Eine solche Partnerschaft ist ein wichtiger Bestandteil des Sicherheitssystems Russlands in Eurasien und wird die Position Moskaus und Pekings gegenüber Washington stärken.

Im Nahen und Mittleren Osten muss Russland mit China zusammenarbeiten, um das militärische Potenzial des Iran zu stärken und die Grundlage für regionale strategische Stabilität im Nahen und Mittleren Osten zu schaffen.

Gemeinsam mit der VR China müssen wir Kuba wirtschaftliche Hilfe und politische Unterstützung gewähren, um die Bemühungen der USA zur Destabilisierung der kubanischen Wirtschaft und zum Sturz der derzeitigen Regierung zunichte zu machen.

Wir müssen die Tatsache voll ausnutzen, dass die relativ geringen Verluste, die die USA bei einer militärischen Intervention in verschiedenen Regionen der Welt erleiden könnten, Washington einen empfindlichen psychologischen Schlag versetzen und schwerwiegende politische Folgen haben können. Daher kann eine im Voraus geleistete wirksame Hilfe und Unterstützung für mögliche Ziele amerikanischer Militärinterventionen einen positiven Einfluss auf die gesamte Außen- und Militärpolitik der USA haben.

Anmerkungen

- 1 <https://profile.ru/politics/kakie-vyvody-rossiya-dolzna-sdelat-iz-strategii-nacionalnoj-oborony-ssha-1814382/>
- 2 Autor: Dmitri Trenin, Professor, Direktor des Instituts für militärische Weltwirtschaft und Strategie der Nationalen Forschungsuniversität »Hochschule für Wirtschaft«, leitender wissenschaftlicher Mitarbeiter am E.M. Primakow-Institut für Weltwirtschaft und Internationale Beziehungen der Russischen Akademie der Wissenschaften.

Die USA gegen Maduro: Die Doktrin der »Staatsübernahme«¹

8.1.2026

Oleg Barabanow²

Das politische Jahr 2026 begann mit einer Militäroperation der USA gegen Venezuela und der Ergreifung des venezolanischen Staatschefs Nicolás Maduro. Diese Maßnahmen stellten eine Verletzung der Souveränität Venezuelas dar und bekräftigten die Bereitschaft der Vereinigten Staaten, in Fällen, in denen ihre nationalen Interessen betroffen sind, ausschließlich mit Gewalt vorzugehen, schreibt Oleg Barabanow, Programmdirektor des Waldai-Klubs.

Diese Schritte der USA wurden in Erklärungen des russischen Außenministeriums verurteilt.

Derzeit befindet sich Nicolás Maduro in einem amerikanischen Gefängnis, und vor dem Bezirksgericht der Vereinigten Staaten für den südlichen Bezirk des Staates New York hat der Prozess gegen ihn begonnen. Das US-Justizministerium hat eine bereits vor der Ergreifung Maduros erstellte Anklageschrift gegen ihn, seine Frau und andere venezolanische Führungskräfte veröffentlicht.

In dieser Anklageschrift, die sich auf die mutmaßliche Beteiligung Maduros am Drogenhandel konzentriert, fällt die Verwendung einer Reihe von Elementen der sogenannten »State Capture«-Doktrin (»Staatsübernahme«) ins Auge. Der Kern dieser relativ neuen Doktrin besteht darin, dass der Staat (in diesem Fall Venezuela) als von seinen Führern »vereinnahmt« dargestellt wird, um deren private und in der Regel clanbezogene und korrupte Interessen zu fördern. Infolgedessen verliert der Staat im Wesentlichen seine öffentlich-rechtliche Funktion. Dadurch verlieren die offiziellen Entscheidungen der führenden Institutionen eines solchen Staates ihre Legitimität.

Im internationalen Kontext bedeutet dies, dass Gerichte anderer Staaten ihre Entscheidungen möglicherweise nicht anerkennen und aufheben. Nach dieser Logik schränkt die Doktrin der »Staatsübernahme« die Anwendung einer anderen, traditionelleren Doktrin, der »Staatsaktdoktrin« (Act of State doctrine), ein. Letztere besagt

im Wesentlichen, dass Entscheidungen eines Staates in Bezug auf Vermögenswerte, die sich auf seinem Hoheitsgebiet befinden, sowie in Bezug auf Personen, die sich auf seinem Hoheitsgebiet aufhalten (nicht nur Staatsangehörige dieses Staates), nicht vor Gerichten anderer Staaten angefochten und aufgehoben werden können. Die Logik der Staatsaktdoktrin ist eng mit der gegenseitigen Anerkennung der Souveränität von Staaten unabhängig von ihren politischen Beziehungen verbunden. In der Geschichte der USA während des Kalten Krieges gab es Fälle, in denen US-Gerichte sich weigerten, über Klagen gegen die Verstaatlichung von Eigentum von US-Bürgern in Kuba oder über Klagen von Emigranten aus der UdSSR gegen das Ausreiseverbot ihrer Verwandten aus der UdSSR zu entscheiden. Dies geschah genau auf der Grundlage der Doktrin des »Staatsakts«, was in den Gerichtsentscheidungen ausdrücklich erwähnt wurde.

Die Doktrin der »Staatsübernahme« hebt diesen Ansatz auf und erkennt die Souveränität des »vereinnahmten« Staates in seinen offiziellen Entscheidungen nicht an.

Eine weitere Folge davon ist, dass die Führer eines solchen »vereinnahmten« Staates ihre diplomatische Immunität und Unverletzlichkeit verlieren. All dies zeigte sich in den Maßnahmen der USA gegen Nicolás Maduro. Den Äußerungen von Donald Trump zufolge ist außerdem mit einer Entscheidung zu rechnen, die Verstaatlichung der Vermögenswerte US-amerikanischer Ölgesellschaften in Venezuela nicht anzuerkennen.

Hier einige charakteristische Zitate aus der oben erwähnten Anklageschrift gegen Maduro. Sie passen ganz eindeutig in die Logik der »Staatsübernahme«.

- »Seit mehr als 25 Jahren missbrauchten die Führer Venezuelas ihre Position und korrumpierten einst legitime Institutionen, um Tonnen von Kokain in die Vereinigten Staaten auszuführen.«
- »Der Angeklagte Nicolás Maduro Moros steht an der Spitze dieser Korruption und hat in Absprache mit sei-

nen Komplizen seine unrechtmäßig erlangte Macht und die von ihm untergrabenen Institutionen genutzt, um Tausende Tonnen Kokain in die Vereinigten Staaten zu transportieren. Seit den ersten Tagen seiner Amtszeit in der venezolanischen Regierung hat Maduro Moros den Ruf jedes von ihm bekleideten öffentlichen Amtes beschmutzt. Als Präsident Venezuelas und derzeitiger faktischer Herrscher lässt Maduro Moros zu, dass die durch Kokain angeheizte Korruption zu seinem eigenen Vorteil, zum Vorteil der Mitglieder seines herrschenden Regimes und zum Vorteil seiner Familienmitglieder floriert.«

- »Der Angeklagte Nicolás Maduro Moros steht derzeit an der Spitze einer korrupten, illegitimen Regierung, die seit Jahrzehnten die Staatsgewalt dazu nutzt, illegale Aktivitäten, darunter den Drogenhandel, zu schützen und zu fördern. Dieser Drogenhandel hat die politische und militärische Elite Venezuelas bereichert und gestärkt, darunter den angeklagten Minister für Inneres, Justiz und Frieden, Diosdado Cabello Rondón und den angeklagten ehemaligen Minister für Inneres und Justiz, Ramón Rodríguez Chacín. Der groß angelegte Drogenhandel hat auch Macht und Reichtum in den Händen der Familie Maduro Moros konzentriert, darunter seine angeklagte Frau, die First Lady Venezuelas, Cilia Adela Flores de Maduro, und Maduro Moros Sohn, das Mitglied der Nationalversammlung Venezuelas, Nicolás Ernesto Maduro Guerra, auch bekannt als Nicolásito oder Kronprinz, der ebenfalls angeklagt ist. Dieser Teufelskreis der Drogenkorruption bereichert venezolanische Beamte und ihre Familien und kommt brutalen Drogenterroristen zugute, die ungestraft auf venezolanischem Boden agieren und dabei helfen, Tonnen von Kokain herzustellen, zu schützen und in die Vereinigten Staaten zu transportieren.«
- »Der Angeklagte Nicolás Maduro Moros beteiligt sich wie sein Vorgänger Chávez vor ihm an Korruption,

unterstützt und schützt eine Kultur der Korruption, in der sich die einflussreiche venezolanische Elite durch Drogenhandel und den Schutz ihrer Partner, der Drogenhändler, bereichert. Die Gewinne aus diesen illegalen Aktivitäten fließen an korruptierte zivile, militärische und nachrichtendienstliche Beamte, die in einem Patronagesystem agieren, das von denjenigen an der Spitze der Hierarchie kontrolliert wird – dem sogenannten ›Cartel de Los Soles‹ oder ›Kartell der Sonnen‹.«

Letztendlich hat sich laut dieser Anklageschrift der Staat Venezuela angeblich in ein kriminelles »Kartell der Sonnen« verwandelt. Die Logik der »Staatsübernahme« ist hier offensichtlich.

Wir wiederholen: Die Doktrin der »Staatsübernahme« ist relativ neu und hat erst in den letzten zwei Jahrzehnten an Bedeutung gewonnen. Natürlich gibt es in fast allen Staaten Vorschriften gegen den Missbrauch von Amtsstellungen und Amtsbefugnissen. Es ist klar, dass diese Missbräuche die Grundlage für den Prozess der »Staatsübernahme« bilden. Der Unterschied zwischen ihnen liegt laut dieser Doktrin im Ausmaß und in der Häufigkeit solcher Handlungen. Und in der Festlegung der Schwelle, ab der gewöhnliche Missbräuche zu einer »Staatsübernahme« werden.

Es ist auch anzumerken, dass diese Doktrin ursprünglich nicht mit hohen Staatsbeamten in Verbindung gebracht wurde, sondern mit Großunternehmern, »Oligarchen«, die durch korrupte Handlungen in großem Umfang und systematisch dafür sorgten, dass staatliche Institutionen Entscheidungen trafen, die ihren privaten Interessen dienten, und so den Staat in ihre privaten Hände »übernahmen«. Bezeichnenderweise standen die ersten Entwürfe dieser Doktrin nicht im Zusammenhang mit juristischen, sondern mit wirtschaftlichen Institutionen. Genau dieser Ansatz wurde in den Dokumenten der Weltbank zu Beginn der 2000er Jahre verwendet, in denen die Grundlagen dieser Doktrin erarbeitet wurden. Dort wurde die »Staatsübernahme« ausschließlich mit »Oligarchen« – Geschäftsleuten – in Verbindung gebracht und am Beispiel des postsozialistischen Übergangs in den

Staaten Mittel- und Osteuropas und in den Republiken der ehemaligen UdSSR betrachtet.

Versuche, die Doktrin der »Staatsübernahme« nicht auf Geschäftsleute, sondern auf hohe Amtsträger eines Landes, auf dessen Präsidenten, anzuwenden, wurden erstmals in den 2010er Jahren unternommen. Dabei wurden sie nicht im internationalen, sondern im innerstaatlichen Kontext durchgeführt und standen im Zusammenhang mit dem innenpolitischen Kampf in der Republik Südafrika. Die Opposition gegen den damaligen Präsidenten der RSA, Jacob Zuma, warf ihm vor, eine »Staatsübernahme« zu betreiben, um seine clanbezogenen korrupten Interessen durchzusetzen. Dies führte schließlich zu Gerichtsverfahren gegen Zuma und einer groß angelegten Untersuchung durch eine 2018 eigens zu diesem Zweck eingesetzte Justizkommission zur Untersuchung von Vorwürfen der Staatsübernahme, Korruption und des Betrugs im öffentlichen Sektor, einschließlich staatlicher Stellen, unter der Leitung des damaligen stellvertretenden Vorsitzenden des Verfassungsgerichts der RSA, Raymond Zondo. Der Bericht der Zondo-Kommission wurde neben seiner faktischen Grundlage zu einem der wichtigsten Dokumente für die Entwicklung der Doktrin der »Staatsübernahme« selbst.

Derzeit beobachten wir im Zusammenhang mit den Maßnahmen der USA gegen Nicolás Maduro den Versuch einer wohl ersten groß angelegten Anwendung dieser Doktrin im internationalen Kontext.

Obwohl, wie bereits erwähnt, der Begriff »Staatsübernahme« im doktrinären Sinne relativ neu ist, ändert dies nichts an der Essenz des Phänomens. Es sei jedoch angemerkt, dass diese Logik in der Rechtsprechung bisher in der Regel nicht angewendet wurde. Zur Einschränkung der Doktrin des »Staatsakts« wurden andere Methoden verwendet.

In den Protokollen der Sitzungen des Nürnberger Tribunals von 1945–1946 zur Verurteilung führender Funktionäre Hitler-Deutschlands sehen wir einen anderen Ansatz seitens der Richter. Die Anwälte in Nürnberg wählten folgende Verteidigungsstrategie. Sie behaupteten, dass ihre Mandanten zwar zweifellos moralisch verwerfliche Menschen seien, aber keine Gesetze gebrochen hätten.

Denn die ihnen vom Nürnberger Tribunal vorgeworfenen Taten (Verschwörung gegen den Frieden, Auslösung eines Angriffskrieges und andere) waren zu dieser Zeit weder im deutschen Strafrecht noch im Strafrecht anderer Länder vorgesehen. Ihre Mandanten hätten lediglich ihre dienstlichen Pflichten als Staatsbeamte erfüllt. Daher könnten sie nicht verurteilt werden.

In den Nürnberger Protokollen gibt es keine direkten Verweise auf die Doktrin des »Staatsakts« (diese Doktrin wurde eher im angelsächsischen Recht als in Kontinentaleuropa angewendet), aber die Logik ihrer Verwendung durch die Anwälte ist offensichtlich. Staatliche Amtsträger können nicht für die Umsetzung staatlicher Entscheidungen verurteilt werden.

Es ist klar, dass Hitler-Deutschland ein offensichtliches Beispiel für die Übernahme des Staates zu kriminellen Zwecken war. Aber, um es noch einmal zu wiederholen, die Richter in Nürnberg haben diese Logik nicht hauptsächlich angewendet und sich letztendlich für einen anderen, ziemlich ungewöhnlichen Ansatz entschieden, um die Position der Anwälte zu widerlegen. Noch bevor Hitler an die Macht kam, hatte Deutschland 1928 den Briand-Kellogg-Pakt unterzeichnet, der Krieg als Mittel der Staatspolitik ablehnte. Die Richter in Nürnberg waren der Ansicht, dass Deutschland seine völkerrechtlichen Verpflichtungen aus diesem Pakt verletzt habe und dass die Handlungen seiner Amtsträger, die gegen die Verpflichtungen des Staates verstießen, eine Straftat darstellten.

Die Operation der USA gegen Maduro wird oft mit der Invasion der USA in Panama im Dezember 1989 und Januar 1990 verglichen. Damals wurde der de facto-Führer Panamas, General Manuel Noriega, gefangen genommen. In den darauffolgenden Gerichtsentscheidungen in den USA gegen Noriega sehen wir jedoch keine Anwendung der Logik der »Staatsübernahme«. Noriega war formal kein Staatsoberhaupt – er war lediglich Befehlshaber der panamaischen Streitkräfte, und die Präsidenten Panamas waren während seiner Herrschaft über das Land in den Jahren 1983–1989 zwar im Amt, aber faktisch von der Macht ausgeschlossen. Es scheint, als würde sich hier die Logik der »Staatsübernahme« durch Noriega aufdrängen.

Aber weder das Bezirksgericht der Vereinigten Staaten für den südlichen Bezirk von Florida noch das 11. Berufungsgericht der Vereinigten Staaten, die über den Fall Noriega entschieden haben, haben sie angewendet.

Um die Doktrin des »Staatsakts« und die Nichtzuständigkeit der US-Gerichte für Entscheidungen, die Noriega als De-facto-Führer Panamas getroffen hatte, zu überwinden, worauf seine Anwälte bestanden, wandte das Gericht des südlichen Bezirks von Florida folgenden Ansatz an. Das Gericht stellte fest, dass Noriega nicht nachgewiesen habe, dass die ihm vorgeworfenen Taten (Lieferung von Drogen in die USA in Zusammenarbeit mit dem Medellín-Kartell sowie Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung) und die von ihm in diesem Zusammenhang getroffenen Entscheidungen staatliche Handlungen seien. Der Staat Panama habe in diesem Zusammenhang keine Entscheidungen öffentlich-rechtlicher Natur getroffen. Daher entschied das Gericht, dass Noriega bei den ihm vorgeworfenen Taten als Privatperson und nicht als Staatsbeamter gehandelt habe. Daher ist die Doktrin des »Staatsakts« auf ihn nicht anwendbar. Infolgedessen hat das Gericht nicht einmal die Frage des Amtsmissbrauchs durch Noriega zur Begehung seiner Straftaten im Detail geprüft.

Das heißt, im Fall Noriega hat das US-Gericht klar zwischen privaten und öffentlichen Handlungen unterschieden. In der Doktrin der »Staatsübernahme« liegt der Fokus ganz anders: auf der Übernahme des Öffentlichen durch das Private. Darin besteht der Unterschied zwischen dem Fall Maduro und dem Fall Noriega.

Es sollte auch erwähnt werden, dass die USA in früheren Fällen, als es ihnen selbst nützlich war, eine ganz andere Haltung zur Doktrin des »Staatsakts« eingenommen haben als im Fall Noriega. Nach dem Sturz des philippinischen Präsidenten Ferdinand Marcos im Jahr 1986 und seiner Flucht in die USA reichte die neue Führung der Philippinen bei einem US-Gericht Klage auf Beschlagnahme seiner durch Amtsmissbrauch erlangten Gelder ein. In diesem Fall entschied das US-Gericht jedoch, dass die Entscheidungen von Marcos als höchstem Amtsträger öffentlicher Natur waren und daher unter die Doktrin des »Staatsakts« fielen. Infolgedessen lehnte das US-Gericht die Klage gegen ihn ab.

Die Doktrin der »Staatsübernahme« wurde auch im Verfahren gegen Saddam Hussein vor dem irakischen Sondergerichtshof nicht angewendet. Saddam wurden Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Völkermord vorgeworfen, aber es gab keine Behauptungen, dass er zu diesem Zweck den Staat »übernommen« habe.

Die Anwendung der Doktrin der »Staatsübernahme« zu clanbezogenen, korrupten und kriminellen Zwecken gegen den Präsidenten eines souveränen Landes im Gerichtsverfahren gegen Nicolás Maduro stellt den ersten aufsehenerregenden Präzedenzfall dieser Art in einem tatsächlich stattfindenden Gerichtsverfahren unter Beisein des Angeklagten im internationalen Kontext dar (und der zweite Präzedenzfall überhaupt, wenn man den innerstaatlichen Fall von Jacob Zuma in Südafrika berücksichtigt). Es ist anzunehmen, dass diese Doktrin auch weiterhin in der Praxis des internationalen rechtlichen Drucks westlicher Länder auf ihnen unliebsame Regime angewendet werden wird.

Anmerkungen

- 1 <https://ru.valdaiclub.com/a/highlights/ssha-protiv-maduro-doktrina-zakhvata-gosudarstva/>
- 2 Oleg Barabanow, Programmdirektor des Waldai-Klubs (seit 2015; wissenschaftlicher Leiter des Europäischen Instituts der MGIMO (seit 2015), Professor der Russischen Akademie der Wissenschaften (seit 2015).

8.1.2026

»Die Schwachen werden geschlagen, die Naiven betrogen, die Verräter gekauft«: Die KPRF warnte den Kreml vor Trumps »Absichten« gegenüber Kuba¹

Die Monroe-Doktrin bedroht die geopolitischen Interessen Havannas, Moskaus und Pekings

Sergej Axjonow

Kuba – der auffälligste Vorposten des Sozialismus in der westlichen Hemisphäre und wohl auch weltweit – ist in Gefahr. Trump, inspiriert durch die erfolgreiche Entführung Maduros, hat nun auch die Insel der Freiheit ins Visier genommen. Russland hat keine andere Wahl, als Havanna zu verteidigen. Die Eroberung Kubas durch Washington hätte irreversible geopolitische Folgen.

»Kuba scheint kurz vor dem Untergang zu stehen. Ich weiß nicht, wie sie sich über Wasser halten können, wenn überhaupt, aber Kuba hat derzeit keinerlei Einnahmen. Sein gesamtes Einkommen stammte aus venezolanischem Öl«, erklärte Trump in seinem Anwesen Mar-a-Lago in Florida. Der US-Präsident blickt gierig über den Golf, wo 90 Meilen vor der amerikanischen Küste das widerspenstige Land liegt.

Marco Rubio stimmt dem Hauptkapitalisten der Welt zu. »Wenn ich in Havanna leben und in der Regierung sein würde, wäre ich besorgt«, sagte der US-Außenminister auf die Frage, ob Kuba nach Venezuela das nächste Ziel der USA sei. Als Sohn kubanischer Einwanderer scheint er nicht abgeneigt zu sein, als Sieger auf die Insel zurückzukehren.

In Havanna macht man sich keine Illusionen über die Absichten Washingtons. Dort hat man nie das Wetter am Meer abgewartet, sondern mit aller Kraft versucht, politisch nahestehende Länder und Regime, darunter Venezuela, zu unterstützen. Derzeit herrscht in Kuba Trauer – 32 kubanische Soldaten einer Spezialeinheit sind bei der Abwehr des Angriffs der amerikanischen »Delta Force« in Caracas ums Leben gekommen.

»Für Venezuela und Kuba sind wir bereit, sogar unser Blut und unser Leben zu geben ... Nein, meine Herren Imperialisten. Das ist nicht Ihr Hinterhof. Wir akzeptieren und erkennen die Monroe-Doktrin nicht an«, rief der kubanische Präsident Miguel Díaz-Canel Bermúdez in seiner Sonderansprache an das Volk und bezeichnete die Entführung Maduros als Akt des »Staatsterrorismus«.

Der Nachfolger von Raúl Castro als Staatsoberhaupt sieht das Problem an der Wurzel. Gerade die Monroe-Doktrin, die in Form einer neuen nationalen Sicherheitsstrategie der USA, entwickelt von der Trump-Administration, wiederbelebt wurde, wurde zur theoretischen Grundlage für die Aggression gegen Venezuela. Und sie wird die Rechtfertigung für alle weiteren Angriffe auf Gegner der USA in der westlichen Hemisphäre sein.

In Russland ist es nicht üblich, solche Dokumente ernst zu nehmen. Hier steht der Wille der Führungsebene über jedem Stück Papier. Öffentliche Strategien können sogar als unerwünscht empfunden werden. Warum sollte man seinen Gegnern seine Pläne mitteilen? Aber in den USA sollen solche Konzepte als Orientierung für den Staatsapparat dienen. Es ist eine andere politische Kultur. Die Bedrohung ist also real.

Und man sollte nicht denken, dass nur »Latinos« einem potenziellen Angriff der USA ausgesetzt sind. Man könnte meinen, Süd- und Mittelamerika seien weit von uns entfernt und daher nicht gefährlich. Selbst wenn Washington dort alle »unter Druck setzt« und Russland etwas verliert, hat dies keine grundsätzliche Bedeutung – wir sitzen das

in Nordeurasien aus. Solche Überlegungen findet man häufig im Internet.

Offensichtlich haben ihre Autoren schon lange nicht mehr genau auf die Karte geschaut. Die westliche Hemisphäre erstreckt sich vom Greenwich-Meridian bis zum 180. Meridian. Das bedeutet, dass ein Teil von Tschukotka sowie die Inseln Wrangel und Ratmanow darin enthalten sind.

Daraus folgt, dass die Monroe-Doktrin formal auch für diese russischen Gebiete gilt. Gehören sie nun ebenfalls zum direkten amerikanischen Interessengebiet?

Wer in süßen Träumen davon träumt, dass Moskau und Washington sich eines Tages auf den Bau eines Tunnels unter der Beringstraße als Symbol der Freundschaft, Zusammenarbeit und Aufteilung der Welt zwischen den beiden Ländern einigen, könnte eines Tages mit territorialen Ansprüchen der USA auf »rechtlicher« Grundlage konfrontiert werden. Der Geist von Anchorage wird sich in den Geist von Caracas verwandeln.

Deshalb wird Moskau, wenn es sich jetzt weigert, Kuba unter irgendeinem Vorwand zu verteidigen, damit beginnen, seine eigene unschöne Zukunft vorzubereiten, ähnlich wie es seinerzeit, als es der Wiedervereinigung Deutschlands zustimmte, gesetzmäßig notwendig wurde, die militärische Spezialoperation in der Ukraine zu führen. Und das sogar trotz des Versprechens Berlins, die Verantwortung für die Sicherheit des Kontinents zu übernehmen.

Umgekehrt werden Russland und die Länder des Globalen Südens, wenn sie die Insel der Freiheit verteidigen,

dem Aggressor symbolisch einen Schlag versetzen, seinen Eifer für lange Zeit dämpfen und ihre Interessen schützen. Genau dieser Logik folgte die UdSSR, als sie Kuba von Beginn seiner Unabhängigkeit an unterstützte. Nichts hat das Gleichgewicht in der Welt so sehr bewahrt wie ein sozialistischer Staat vor den Küsten der USA.

Unser unsinkbarer Flugzeugträger demonstrierte buchstäblich sofort seine geopolitische Bedeutung. Die sowjetischen Raketen, die während der Karibikkrise auf Kuba stationiert waren, waren so überzeugend, dass Washington seine Pläne, in der Nähe der Grenzen der UdSSR mit dem Feuer zu spielen, zurücknahm. Die Angst reichte für eine ganze Generation.

Die anschließende Unterstützung Kubas war wirtschaftlicher und humanitärer Natur und wurde durch die Notwendigkeit begründet, die amerikanische Blockade zu durchbrechen, die bis heute nicht aufgehoben wurde. Das bekannteste Modell war der Tauschhandel mit Erdölprodukten gegen Rohrzucker zu einem für Havanna günstigen Kurs. Und das ist nur die Spitze des Eisbergs der Zusammenarbeit.

Aber die Kubaner waren keineswegs Almosenempfänger der Sowjetunion. Nachdem er sein Land wieder aufgebaut hatte (Kuba hatte die beste Medizin der Welt!), schloss sich Fidel Castro der Expansion des Sozialismus an. Bekannt ist die militärische Unterstützung Havannas für die um ihre Unabhängigkeit kämpfenden Länder Afrikas. Angola und andere. Che Guevara wurde zum berühmtesten Revolutionär der Welt.

Jetzt ist die Unabhängigkeit Kubas selbst bedroht. Diese Bedrohung ergibt sich allein aus dem Fehlen eines so beeindruckenden großen Bruders wie der UdSSR.

Die Kubaner selbst haben, nach der Geschichte in Venezuela zu urteilen, ihren Kampfgeist keineswegs verloren und sind bereit, bis zum Ende für ihr Vaterland zu kämpfen. Und genau diese Eigenschaft ist für die Verteidigung eines jeden Landes von entscheidender Bedeutung.

Auch nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion blieben die Kubaner standhaft. Auch wenn Peking damals Moskau als wichtigster Verbündeter Havannas abgelöst hatte, war die Hilfe Chinas begrenzt. In gewisser Weise wurde gerade Kuba für eine gewisse Zeit zur Avantgarde

des Sozialismus, da die dortigen Behörden sich weigerten, umfassende Marktreformenten durchzuführen.

Als ein Indikator für die Haltung Moskaus gegenüber Havanna kann die Position zur Staatsverschuldung Kubas gelten. 1989 sprach Gorbatschow während seines Besuchs auf der Insel der Freiheit von der Notwendigkeit, die Schulden gegenüber der UdSSR so schnell wie möglich zu begleichen. Castro verstand schon damals, dass es sich hierbei nicht um eine wirtschaftliche Kalkulation handelte, sondern um politisches Renegatentum des »besten Deutschen« an der Spitze unseres Landes.

Im Jahr 2014 hingegen erließ Moskau Havanna die gesamten noch aus Sowjetzeiten verbliebenen Schulden in Höhe von 32 Milliarden Dollar.

Die Tatsache, dass der Kreml, der sonst sehr sensibel mit Vermögenswerten und Geld umgeht, einen solchen Schritt unternommen hat, zeigt deutlich, dass sich in den Köpfen der russischen Führung etwas verändert hat. Nach der Krim hat man offenbar erkannt, wohin die Reise geht ...

Aber das war nur der Anfang. Jetzt braucht Kuba für einen wirksamen Schutz eine qualitative Intensivierung der Zusammenarbeit und Unterstützung in allen Bereichen.

Vor allem in der Diplomatie. Trumps Aggression in Venezuela hat eine spontane Front von Ländern gebildet, die damit nicht einverstanden sind, vor allem aus dem Globalen Süden. Die Koordinierung durch Moskau wird Havanna die dringend benötigte internationale Solidarität verschaffen und es ermöglichen, einen Keil in die Einheit des Westens zu treiben, da ein Teil derjenigen, die Washington wegen Caracas verurteilt haben, Europäer sind.

Ein Vorbild für eine solche pro-kubanische Haltung könnte die regelmäßige Abstimmung in der UNO über die Aufhebung der Blockade Kubas sein, die seit vielen Jahrzehnten von den Amerikanern durchgeführt wird.

Bei der letzten Abstimmung im November sprach sich die absolute Mehrheit – 187 Länder – gegen die Blockade aus. Nur die USA, Israel und die Ukraine wollen die Kubaner weiterhin verhungern lassen.

Eine andere Sache ist, dass gute Worte allein nicht ausreichen. Mit guten Worten und Waffen kann man bekanntlich viel mehr erreichen.

Das bedeutet, dass die Stationierung russländischer Raketen auf der Insel der Freiheit (vorgesehen im Vertrag über militärische Zusammenarbeit, ratifiziert im Jahr 2025) Havanna die nötige Stärke verleihen wird.

Der »Oreschnik« (Haselbusch, D. G.) erreicht mühe-los Trumps Anwesen Mar-a-Lago in Florida, von wo aus dieser gerne in den Pausen zwischen seinen Golfkunden Ländern droht, die ihm nicht gefallen. Die Bilder des Feuers über »Jushmasch« werden den Cowboy sicherlich zur Besinnung bringen.

Militärisch-politische Unterstützung wird Kuba kurzfristig stärken, aber seine langfristige Entwicklung kann wahrscheinlich eher China gewährleisten.

Direkte Wirtschaftshilfe, Investitionen in Infrastrukturprojekte, finanzielle und technische Mechanismen zur Umgehung von Sanktionen, Technologien, Informationen – all das kann die Supermacht dem kleinen Kuba ohne Weiteres zur Verfügung stellen. Umso mehr jetzt, wo die USA die VR China aus Lateinamerika verdrängen, wo die Chinesen viel Geld investiert haben.

Auf diese Weise können Russland und China die Zuständigkeitsbereiche auf der Insel unter sich aufteilen. Denn die strategischen Interessen aller drei Staaten stimmen überein.

Die bekannte Skepsis des Kremls gegenüber der »roten« Idee lässt sich überwinden, indem man die russische linke Opposition aktiver in die kubanische Richtung einbindet. Indem man ihr einen Freibrief ausstellt.

Denn die Reaktion der Linken auf die Ereignisse in Venezuela war schnell und politisch einwandfrei: »Die Schwachen werden geschlagen, die Naiven werden betrogen und die Verräter werden gekauft.«

Die KPRF warnt: Die Zeit der Halbheiten ist vorbei. Entweder mobilisiert sich Russland und säubert seine Reihen von »Schläfern« und »Trump-Verehrern«, oder wir werden auf das Schicksal eines nächsten Opfers »mittelalterlicher Raubzüge« vorbereitet.

In Havanna senkt man genauso. Wir sind natürliche
<https://svpressa.ru/politic/article/497940/>

Die Ölblockade gegen Kuba könnte zu einer neuen Karibikkrise führen¹

13.2.2026

Boris Martynow: Trumps Taumel wird vergehen, sobald Havanna Moskau um militärische Hilfe bittet

Maria Kusnezowa

Russland plant, in Kürze eine Ladung Öl nach Havanna zu schicken. Dies berichten Medien unter Berufung auf Diplomaten der russischen Botschaft in Havanna.

Der Pressesprecher des Präsidenten, Dmitri Peskow, wich einer direkten Antwort auf die Frage nach den Öllieferungen aus. Seinen Worten zufolge diskutiert Russland mit Kuba Möglichkeiten der Hilfe, jedoch könnten Details nicht öffentlich bekannt gegeben werden.

Der Kreml-Vertreter betonte auch, dass Moskau auf einen konstruktiven Dialog mit Washington hoffe und keine Eskalation in Form von amerikanischen Zöllen wegen der Hilfe für Kuba wünsche.

Wie der russische Botschafter in Havanna, **Viktor Koronelli**, in einem Interview mit dem Fernsehsender »Rossija-1« erklärte, ist die Lage in Kuba aufgrund der Energieblockade durch die USA äußerst schwierig.

»Kuba zählt sehr auf die Hilfe und die freundschaftliche Unterstützung brüderlicher Staaten und Völker. An erster Stelle steht dabei natürlich die Russische Föderation. Wir werden Kuba nicht im Stich lassen«, betonte der Diplomat.

Auch andere Länder, darunter Mexiko, sind bereit, Kuba humanitäre Hilfe zu leisten. Mexiko war einer der wichtigsten Öl-Lieferanten für die Insel der Freiheit, hat jedoch seine Lieferungen vorübergehend eingestellt, da es Handelszölle seitens der USA befürchtet.

Bemerkenswert ist, dass laut Angaben des Economist die US-Behörden die Möglichkeit prüfen, Treibstoff auf die Insel zu schicken, um eine humanitäre Krise zu verhindern. In Washington glaubt man, dass dies den Einfluss von Außenminister Marco Rubio auf Kuba stärken wird. Von ihm hängt laut der Zeitung die weitere Ener-

gieblockade der Insel ab, die die kubanische Führung zu Verhandlungen bewegen soll.

Die Maßnahmen der USA erinnern viele an die Karibikkrise von 1962. Damals stand die Welt am Abgrund. Die Entscheidung Moskaus, Öl nach Kuba zu liefern, könnte auf Widerstand seitens der USA stoßen, die bereits in der Karibik wüten.

SP: *Wird der Versuch des US-Militärs, russische Tanker zu stoppen, zu einem Casus Belli führen?*

—: Ich denke, dass Trump trotz seiner Ausbrüche doch ein Realist ist, – meint Boris Martynow, Professor an der Moskauer Staatlichen Universität für Internationale Beziehungen. – Er verfolgt größtenteils einen demonstrativen Effekt. Wenn er sieht, dass man ihm mit Macht begegnen kann, zieht er sich normalerweise zurück.

Ich denke, wir sollten sogar die Präsenz unseres Staates auf diesem Tanker verstärken und ihn unter russischer Flagge und keinesfalls unter neutraler Flagge schicken. Vielleicht sollte man sogar bewaffnete Männer darauf stationieren, denn Trump betreibt Seepiraterie, was sich eindeutig aus der Seerechtskonvention von 1982 ergibt und völlig im Widerspruch zur Resolution des Sicherheitsrates zur Bekämpfung der Seepiraterie steht.

Wir haben das Recht, ein Kontingent unserer Spezialeinheiten zu stationieren (nicht unbedingt gegen die USA, sondern nur für den Fall der Fälle – gegen Piratenangriffe in der Karibik). Dann wird alles reibungslos verlaufen, da bin ich mir zu 100 % sicher.

Wenn wir wieder eine Zwischenposition einnehmen – weder Fisch noch Fleisch ... Das dürfen wir nicht mehr

zulassen. Trump versteht und respektiert Macht. Das ist klar.

SP: *Sie haben das Militärs erwähnt. Vielleicht sollte man sich auch an die Operation »Anadyr« erinnern. Könnte Russland Kuba nicht nur mit Öl beliefern, sondern auch militärische Hilfe leisten?*

—: Warum nicht? Kuba ist ein souveräner Staat. Es hat das Recht, jeden um Hilfe zu bitten, auch Russland. Wir gehen natürlich vorsichtig vor. Und das ist richtig so. Momentan sind uns durch die Ukraine – die Verhandlungen, die Beteiligung der USA – etwas die Hände gebunden. Aber dass wir einen Dialog begonnen haben, ist schon gut. Es lohnt sich nicht, ihn direkt und sichtbar zu zerstören, aber wir müssen klar machen, dass wir keine weiteren Verstöße gegen unsere roten Linien dulden werden, und dies mit Taten untermauern, nicht nur mit Worten und weiteren Bedenken. Trump schenkt dem Völkerrecht keine Beachtung, er ignoriert es. Er respektiert nur Macht. Davon müssen wir ausgehen.

»SP«: *Nach Informationen einiger Medien planen nun auch die USA, Kuba mit Treibstoff zu beliefern. Aber warum dann eine Treibstoffblockade verhängen?*

—: Einerseits spielen in der Politik Emotionen eine Rolle. Und dann setzt rationales Denken ein. Trump ist sich sehr wohl bewusst, dass die Kubaner nicht so einfach aufgegeben werden. Dort wird es zu ernsthaften Problemen kommen. In der Zukunft ist mit einer Massenmigration aus Kuba in die USA zu rechnen. Dort scheint

man doch gegen Migration zu kämpfen? Im Falle einer Energieblockade wird sich die Hungersnot verschärfen und, Gott bewahre, dass Epidemien ausbrechen, Krankenhäuser nicht funktionieren. Und so weiter und so fort. Das sind neue Migrationswellen, mit denen Trump noch nie konfrontiert war. Die Folgen müssen abgewogen werden.

Trump ist derzeit von seinen Erfolgen benommen. Etwas ist gelungen – zum Beispiel die Entführung von Nicolás Maduro. Und Trump hält sich für den König der Berge. Das ist eine gefährliche Täuschung.

»SP«: *Vielleicht wollen sie mit ihren Lieferungen von Treibstoff nach Kuba die Pille versüßen und die kubanische Führung gefügiger machen?*

—: Das ist nicht auszuschließen. Aber ich glaube nicht wirklich an die Aussage des US-Botschafters in Kuba, dass sie jemanden in der Regierung haben.

Ich glaube, das ist für Einfaltspinsel gedacht. Die kubanischen Sicherheitskräfte sind nicht mit denen in Venezuela oder anderswo zu vergleichen. Sie sind gut ausgebildet und trainiert. Die Kubaner sind ein Volk, das in mehr als 60 Jahren Blockade an vieles gewöhnt ist. Dieses Volk hat eine hohe Widerstandsfähigkeit. Mit Kuba wird es für die USA also nicht einfach werden.

Viktor Heifez, Professor am Lehrstuhl für Theorie und Geschichte der internationalen Beziehungen der Staatlichen Universität St. Petersburg und Chefredakteur der Zeitschrift »Lateinamerika« der Russischen Akademie der Wissenschaften, hält die Festsetzung eines unter russischer Flagge fahrenden Tankers durch die Amerikaner für möglich, aber es sei noch schwer zu sagen, ob es dazu kommen werde.

Bislang hat Trump nicht versprochen, Schiffe mit Öl, die nach Kuba fahren, abzufangen. Er hat versprochen, Zölle einzuführen. Das ist eine viel geringere Eskalation.

Wenn die Amerikaner eine Seeblockade für Schiffe mit Öl auf dem Weg nach Kuba verkünden würden (was sie bisher nicht getan haben), dann könnte man von einer Analogie zu 1962 sprechen. Bislang scheint es mir jedoch verfrüht, dies zu behaupten.

»SP«: *Wie viel Öl benötigt Kuba derzeit und kann Russland es als humanitäre Hilfe (kostenlos) liefern?*

—: Kuba benötigt täglich etwa 110.000 Barrel. Etwa 40.000 Barrel fördert es selbst. Der Rest wird importiert. Bis vor kurzem lieferte Russland zwischen 10.000 und 15.000 Barrel, also ein Zehntel. Ist Russland bereit, die Lieferungen zumindest zu verdoppeln? Das wurde nicht bekannt gegeben. Es ist verständlich, dass man keine unnötigen Details preisgeben sollte, um keine Probleme zu bekommen.

Wenn Russland zeigt, dass es bereit ist, die Mengen zu liefern und harte Maßnahmen zu ergreifen (nicht nur darüber zu reden, sondern sie auch umzusetzen), dann versteht man diese Sprache in den USA. Und nur dann ist man bereit, zurückzuweichen. Wenn Russland lediglich seine tiefe Besorgnis zum Ausdruck bringt, wird Trump dies als »Freibrief« auffassen. Seine Regierung versteht nur echte Bereitschaft zum Widerstand, keine Worte.

»SP«: *Wenn unsere Tanker unter russischer Flagge nach Kuba fahren, wie hoch ist dann die Wahrscheinlichkeit, dass die Amerikaner es nicht riskieren, sie aufzuhalten?*

—: Wenn Russland klar und deutlich zeigt, dass es nicht nur bereit ist, Tanker zu entsenden, sondern diese auch in irgendeiner Weise zu unterstützen (z. B. durch militärische Begleitung – ich sehe hier das Problem, ob dafür genügend Schiffe zur Verfügung stehen), wird Trump in diesem Fall möglicherweise nicht dagegen vorgehen. Das bedeutet nicht, dass er seine Pläne für Kuba aufgeben wird, aber zumindest wird er die Wege zu deren Verwirklichung überdenken.

»SP«: *Gibt es noch andere Länder, die den Weg der realen Hilfe gehen könnten – Kuba mit Öl zu versorgen?*

—: Ehrlich gesagt sehe ich nicht so viele solche Länder. Zu anderen Zeiten hätte das der Iran tun können, aber der hat derzeit seine eigenen Probleme.

In Lateinamerika würde sich höchstens Brasilien dazu entschließen. Aber dort werden solche Pläne derzeit noch nicht einmal diskutiert.

In naher Zukunft wird es meiner Meinung nach kaum eine große Anzahl von Ländern geben, die bereit sind, sich mit Trump anzulegen. Sie warten darauf, dass er selbst irgendwo einen Fehler macht.

Anmerkungen

1 <https://svpressa.ru/politic/article/502517/>

4.3.2026

Wie soll sich Kuba verhalten und soll es überhaupt existieren?¹

Derzeit hat Washington maximale Möglichkeiten, um sich mit Havanna zu einigen

Alexandra Arabadschjan²

Vor dem Hintergrund der Eskalation um den Iran ist die Nachricht über die Schießerei vom 25. Februar zwischen kubanischen Grenzschutzbeamten und einer Gruppe auf einem Schnellboot in den Hoheitsgewässern Kubas (Provinz Villa Clara) bereits verblasst und in Vergessenheit geraten. Für Kuba selbst, seine Lage in der Region und seine weitere Zukunft ist dieses Ereignis jedoch von großer Bedeutung.

Nach Angaben des kubanischen Innenministeriums handelte es sich bei allen 10 Personen an Bord des Bootes mit amerikanischem Kennzeichen (FL7726SH, Florida) befanden, um kubanische Emigranten, die versuchten, nach Kuba zu gelangen, um terroristische Aktivitäten durchzuführen. Die Identität aller Personen wurde festgestellt, vier von ihnen kamen bei der Schießerei ums Leben, die übrigen wurden medizinisch versorgt. Einige Mitglieder der Gruppe standen bereits auf Listen von Personen, die an subversiven Aktivitäten in Kuba beteiligt waren. Im Laufe der Ermittlungen wurde festgestellt, dass sie an Bord des Bootes militärische Ausrüstung und Munition in erheblichen Mengen transportierten. Auf der Insel wurde ebenfalls eine Person festgenommen.

In Kuba wird ein solcher Vorfall als »infiltración« bezeichnet – das Eindringen von Söldnern in das Staatsgebiet zum Zwecke der Sabotage, Diversion und des Terrorismus. Nach den Ereignissen im April 1961, als der von den USA unterstützte Versuch kubanischer Emigranten, in der Region Playa Girón in Kuba einzufallen, scheiterte, wurden solche Ereignisse für das Land fast zur Normalität. Gruppen von Konterrevolutionären wurden immer wieder auf kubanisches Territorium geschleust, um die regierungsfeindlichen Kräfte zu stärken, die im Gebirgs-

massiv Escambray im Zentrum der Insel am aktivsten waren. Meist gelang es den kubanischen Strafverfolgungsbehörden, den Mitgliedern der Komitees zur Verteidigung der Revolution und der Volksmiliz recht schnell, die Aktivitäten dieser Gruppen aufzudecken und zu unterbinden.

Angesichts der Tatsache, dass vor nicht allzu langer Zeit der venezolanische Präsident Nicolás Maduro im Rahmen einer Militäroperation der USA entführt wurde, befinden sich Lateinamerika und insbesondere Kuba in einer schwierigen Lage. Die amtierende Präsidentin Venezuelas, Delcy Rodríguez, erwies sich als äußerst verhandlungsbereit und stellte, wie vom Weißen Haus gefordert, die Öllieferungen an Kuba ein, das ohnehin schon seit langem unter Stromknappheit leidet. Der Versuch Mexikos, der Insel der Freiheit mit eigenem Öl zu helfen, nachdem die Lieferungen aus Venezuela eingestellt worden waren, endete damit, dass Washington mit der Einführung von Zöllen auf mexikanische Waren drohte.

Kuba war isoliert. Wirtschaftssanktionen oder, angesichts ihrer Komplexität und Vielschichtigkeit, eine Blockade, die bereits 1962 verhängt wurde, sind entgegen der konterrevolutionären Propaganda keineswegs eine Erfindung der »Castro-Anhänger«. Kuba hofft, dass Hilfe aus Peking oder Moskau kommen wird. Es ist kein Zufall, dass der kubanische Außenminister Bruno Rodríguez Parrilla kurz vor dem Vorfall als Sonderbeauftragter von Präsident Miguel Díaz-Canel beide Hauptstädte besucht hat. Bei seinem Treffen mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin am 18. Februar erwähnte der kubanische Diplomat die unangenehmen historischen Fakten nicht, dass Russland nach dem Zusammenbruch der UdSSR überhaupt kein Interesse an Kuba hatte und dass Moskau

Anfang der 2000er Jahre, während der ersten Amtszeit des derzeitigen russischen Präsidenten, die radioelektronische Basis in Lourdes schloss. Die kurz vor dem Vorfall verbreitete Nachricht, dass Russland bereit sei, 200.000 Barrel Öl nach Kuba zu liefern, wurde von der russischen Botschaft in Kuba dementiert.

Die Versuche einer Annäherung an die Russische Föderation sind eine Notwendigkeit, die durch die angespannte sozioökonomische Lage in Kuba bedingt ist. Die Stromausfälle werden länger, der Mangel an Lebensmitteln und Medikamenten verschärft sich. Es wurden Beschränkungen für den Kauf von Benzin eingeführt, das es im Land praktisch nicht gibt. Eine Reihe von Staaten, darunter Russland, haben ihre Flüge nach Kuba eingestellt, da es auf der Insel nicht möglich ist, die Flugzeuge zu betanken. Es gibt nichts zu tanken. Eine Reihe von Hotels wurde geschlossen, da nicht genügend Strom vorhanden ist, um sie voll funktionsfähig zu halten. All dies ist ein weiterer Schlag für den Tourismussektor, auf den Kuba als Quelle für Deviseneinnahmen gesetzt hat.

Unter diesen Umständen nehmen die defätistischen Stimmungen unter den Kubanern, die sich in der schwächsten Position befinden, zu. Dies macht bestimmte Bevölkerungsschichten empfänglicher für konterrevolutionäre Propaganda.

Wie soll sich Kuba verhalten und soll es überhaupt unter solch erdrückenden Bedingungen bestehen bleiben? Moskau und Peking zögern noch mit einer Entscheidung, während für die Karibikinsel jeder Tag zählt.

In Erwartung von Hilfe oder in der Hoffnung auf ein Wunder nahmen die Kubaner die Schießerei mit Vorsicht auf. Das Geschehen lässt sich nur schwer mit der Lan-

dung in Playa Girón 1961 vergleichen, nicht nur wegen des Ausmaßes, sondern auch, weil Washington offenbar keine traditionelle Informationskampagne gestartet hat, um zu verbreiten, dass die Gruppe auf dem Boot Demokratie und freie Wahlen auf die Insel gebracht habe. Die kubanische Seite hat, wie es in den amerikanisch-kubanischen Beziehungen üblich ist, die USA über den Vorfall informiert, was den Beginn eines Dialogs markierte. Es ist noch schwer vorherzusagen, wie sich die Situation weiterentwickeln wird, aber die Tatsache selbst ist bemerkenswert. Washington lehnt den Dialog nicht ab, wie es laut Angaben der kubanischen Seite zuvor der Fall war.

Einerseits ist dies ein positives Zeichen für Kuba. Andererseits konzentrieren sich die USA derzeit nicht in erster Linie auf die Insel der Freiheit, obwohl die Regierung von Donald Trump das Land bereits während seiner ersten Amtszeit auf die Liste der Terrorismusunterstützer gesetzt hatte. Kuba ist nicht Venezuela und nicht Iran. Es verfügt weder über nennenswerte Ölvorkommen noch über ein Atomprogramm. Die kubanischen Streitkräfte stellen keine reale Bedrohung für die USA dar, auch wenn die kubanische Seite demonstriert, wie sie Militärübungen durchführt, Technik vorbereitet und die Bevölkerung mobilisiert.

Kuba ist nach wie vor nur wegen seiner anti-imperialistischen Haltung und seinem gesellschaftspolitischen System, das eine Einparteienherrschaft umfasst, unliebsam. Ganz anders sieht es im Iran aus. Hier sind die Ressourcen und die tatsächliche Militärmacht von viel größerer Bedeutung, und es stellt sich heraus, dass das Land weniger verhandlungsbereit ist. Mit Venezuela wurde die Frage »mit wenig Blutvergießen« gelöst, es reichte aus, den Präsidenten zu entführen, und danach wurden sich im Grunde alle lateinamerikanischen Staatshäupter ihrer eigenen Verwundbarkeit bewusst. Mit Kuba, das durch die Blockade buchstäblich in die Enge getrieben wurde, wird es viel einfacher sein, sich zu einigen. Aber ob sich ein stabiler Dialog einstellen wird und zu welchen Zugeständnissen die kubanische Regierung bereit sein wird (Nickel, Tourismus, die Frage des nach der Revolution von 1959 enteigneten amerikanischen Eigentums) – das ist derzeit noch schwer vorherzusagen.

Anmerkungen

- 1 https://www.ng.ru/kartblansh/2026-03-04/3_9448_kb.html
- 2 Alexandra Sawenowna Arabadschjan, wissenschaftliche Mitarbeiterin des Zentrums für Entwicklungs- und Modernisierungsfragen des Instituts für Weltwirtschaft und internationale Beziehungen IMEMO der Russischen Akademie der Wissenschaften.

»Kuba muss durchhalten«¹

Warum davon das Schicksal Russlands abhängt

Interview mit Andrej Pjatakow

6.3.2026

In den ersten beiden Monaten des Jahres 2026 war das US-Militär in zwei große Militäroperationen verwickelt. Zunächst entführten sie den venezolanischen Präsidenten Nicolás Maduro und begannen dann gemeinsam mit Israel einen Krieg gegen den BRICS-Staat Iran, in dessen Folge dessen oberster Führer Ayatollah Khamenei getötet wurde. Wird Kuba, ein Partnerstaat der BRICS-Staaten, das nächste Opfer der amerikanischen Expansion, kann sich Außenminister Rubio mit Castro einigen und wie wird Moskau auf eine mögliche amerikanische Invasion der Insel der Freiheit reagieren? RTVI spricht darüber mit Andrej Pjatakow, Doktor der Politikwissenschaften und leitender wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Lateinamerika der Russischen Akademie der Wissenschaften.

Ist die aktuelle Lage in Kuba schwieriger als in den 90er Jahren?

Die Situation ist in vielerlei Hinsicht sehr ähnlich, und viele Beobachter und Analysten bezeichnen die aktuelle Lage des Landes als zweite Auflage der Sonderperiode der 90er Jahre. Die aktuelle Lage auf der Insel ist nicht schlechter als in den 90er Jahren, aber vergleichbar mit dem, was damals geschah.

Hier ist jedoch anzumerken, dass sich die kubanische Gesellschaft längst an die Probleme gewöhnt hat, mit denen sie derzeit konfrontiert ist. Dazu gehören Stromausfälle, Nahrungsmittelknappheit und andere alltägliche Schwierigkeiten. Für das tägliche Leben der Kubaner ist dies jedoch nichts Außergewöhnliches, da sie über viele Jahrzehnte hinweg gelernt haben, mit diesen Umständen zu leben.

Es ist kein Zufall, dass wir derzeit keine ernsthaften Proteste wie die im Jahr 2021 beobachten. Man hat den Eindruck, dass die kubanische Gesellschaft ebenso wie

die venezolanische in Apathie und Depression versunken ist. Die Menschen schweigen und versuchen irgendwie zu überleben, daher ist es unwahrscheinlich, dass es vor diesem Hintergrund zu Unruhen kommen könnte.

Allerdings kann man nicht sagen, dass Kuba derzeit völlig isoliert ist. Es gibt viele Länder, die bereit sind, ihm zu helfen, aber dies wird durch wirtschaftliche und geopolitische Beschränkungen verhindert, vor allem durch die berüchtigte Energieblockade. Als beispielsweise während der Sonderperiode die sowjetische Hilfe für Kuba eingestellt wurde, überlebte die Insel vor allem dank China.

Derzeit setzt Kuba große Hoffnungen auf die BRICS-Staaten. Es ist kein Zufall, dass es als eines der ersten lateinamerikanischen Länder dem Format »BRICS plus« beigetreten ist und seit Januar 2025 den Status eines BRICS-Partnerstaates bekommen hat.

Ist die derzeitige Regierung stabil und ist ein Szenario wie in Venezuela oder im Iran in Kuba möglich?

Kuba hat bereits eine Phase des Kampfes zwischen der alten und der neuen Generation durchlebt, als Miguel Díaz-Canel, der eine neue politische Generation in der kubanischen Führung repräsentiert, zum Präsidenten des Landes gewählt wurde. Aus natürlichen Gründen scheiden die alten Führungskräfte, die ideologischer und kompromissloser sind, allmählich aus.

In den Nuller- und Zehnerjahren gab es innerhalb der Elite einen Generationskonflikt, der jedoch inzwischen nicht mehr besteht. Im Gegenteil, eine externe Bedrohung kann die politische Machtstruktur sogar stärken. Wenn die Gesellschaft apathisch ist, wird die Koordination der Machtstrukturen unter direkten und offenen Bedrohungen nur noch besser und das politische System noch stärker.

Eine Wiederholung des venezolanischen Szenarios in Kuba ist kaum möglich.

Die Entführung Maduros durch die Amerikaner wurde von innen vorbereitet und war das Ergebnis einer Konfrontation zwischen den politischen Clans Venezuelas. Was eine Wiederholung der aktuellen Situation mit dem Iran angeht, so ist es unwahrscheinlich, dass die Vereinigten Staaten direkte Risiken eingehen werden, die mit einer potenziellen Gefahr für das Leben ihrer Mitbürger verbunden sind.

Die Insel liegt zu nahe an den USA – weniger als 200 Kilometer trennen Kuba und Florida. Daher würde jede bewaffnete Konfrontation das Leben von Millionen Amerikanern gefährden. Zweifellos würde Kuba im Falle einer direkten Aggression seitens der USA eine symmetrische Antwort geben, beispielsweise einen Schlag gegen Florida führen.

Umso mehr, als gerade dort, in Miami und Umgebung, ein Großteil der kubanischen Emigrantenopposition konzentriert ist. Man darf nicht vergessen, dass die derzeitige kubanische Führung ideologisch nicht weniger aufgeladen ist als die iranischen Behörden.

Wie die USA Kuba noch schaden können

Eine der Möglichkeiten, auf die die Amerikaner derzeit setzen, besteht darin, die Privatwirtschaft (die es in Kuba immerhin gibt) gegen die derzeitige kubanische Regierung aufzubringen. Ich möchte daran erinnern, dass private Strukturen in Form von kleinen und mittleren Unternehmen etwa 14 % des BIP des Landes ausmachen und 15 % der Bevölkerung beschäftigen. Allem Anschein nach versuchen die Vereinigten Staaten derzeit, genau diesen Wirtschaftssektor mit Versprechungen künftiger Investitionen aufzuschaukeln.

So haben die USA beispielsweise vor dem Hintergrund der von ihnen selbst verhängten Energieblockade kürzlich

privaten Unternehmen in Kuba erlaubt, unabhängig von staatlichen Strukturen selbstständig Treibstoff zu importieren. Das heißt, Privatunternehmen dürfen dies tun, der Staat hingegen nicht. Natürlich handelt es sich dabei um sehr geringe Mengen an Energieressourcen, aber dennoch ist dies eine sehr bemerkenswerte Tatsache. Mit solchen Zugeständnissen signalisieren die Amerikaner dem kubanischen Privatsektor, dass er im Falle einer politischen Aktivierung zusätzliche wirtschaftliche Vorteile erhalten könnte.

Was die Wahrscheinlichkeit betrifft, dass die USA eine Spaltung der Eliten provozieren und einen internen Umsturz initiieren, so sind sie sicherlich bereits aktiv auf der Suche nach möglichen Verrätern.

Das kubanische politische System ist jedoch viel stabiler als das venezolanische, sodass es kaum zu einem ähnlichen Zusammenbruch kommen dürfte.

Was mögliche Verhandlungen zwischen Vertretern der aktuellen US-Regierung und kubanischen Führern angeht, auf die Trump kürzlich angespielt hat, so könnte es sich dabei sowohl um eine bewusste Falschmeldung als auch um die Wahrheit handeln. Auf einer bestimmten Ebene schließe ich die Möglichkeit solcher Kontakte keineswegs aus.

Beispielsweise veröffentlichte eine amerikanische Zeitung im Februar dieses Jahres einen Artikel über geheime Verhandlungen zwischen US-Außenminister Marco Rubio und Raúl Guillermo Rodríguez Castro, dem Enkel von Raúl Castro. Dieser Mann war jedoch nie eine eigenständige politische Persönlichkeit, und wenn er diese Verhandlungen führt, dann nur auf Veranlassung von Raúl Castro selbst. Nicht umsonst sagt man in Kuba, dass Fidel Castro die Seele der Revolution war und Raúl Castro ihr Verstand. Wenn die Kubaner solchen Verhandlungen zugestimmt haben, dann werden sie diese nur auf Augenhöhe führen und keine demütigenden Zugeständnisse machen.

Wird Kuba einer amerikanischen Invasion standhalten können?

Der tatsächliche Zustand der Revolutionären Streitkräfte Kubas ist weitgehend unbekannt. Es gibt nur sehr wenige

öffentliche Informationen darüber, aber offiziellen Angaben zufolge umfasst die kubanische Armee 50.000 Soldaten. Nach regionalen Maßstäben ist dies eine Armee mittlerer Stärke, vergleichbar mit den Streitkräften der Dominikanischen Republik.

Aber Kuba hat einen beeindruckenden Trumpf in der Hand, eine Million gut ausgebildete Reservisten bei einer Gesamtbevölkerung von 11 Millionen Menschen.

Gemessen an diesem Indikator, dem Verhältnis von Reservisten zur Bevölkerung des Landes, gilt Kuba als einer der weltweit führenden Staaten. Im Falle einer direkten Invasion durch die Vereinigten Staaten könnte die kubanische Armee daher zunächst eine Niederlage erleiden, aber dann würde auf der Insel ein so heftiger Partisanenkrieg ausbrechen, dass alle anfänglichen Erfolge der Amerikaner zunichte gemacht würden.

Was werden Russland und China sagen, und gibt es in Kuba eine proamerikanische Opposition?

Es ist sehr schwierig, die Reaktion beider Länder auf eine mögliche amerikanische Aggression gegen Kuba vorherzusagen, insbesondere angesichts der aktuellen Ereignisse rund um den Iran. Russland und China verfolgen derzeit eine sehr vorsichtige Außenpolitik. Sollte unser Land Kuba also Unterstützung gewähren, dann nur in sehr indirekter Form.

Man muss jedoch bedenken, dass eine solche hypothetische Eskalation in vielerlei Hinsicht ein Test für die Lebensfähigkeit der BRICS-Staaten sein wird. Kuba sieht in den BRICS-Staaten seinen Partner, und wenn es den BRICS-Staaten nicht gelingt, im Falle eines Angriffs auf Kuba gemeinsame Entscheidungen zu treffen, könnte die Organisation noch größere Imageverluste erleiden als im Fall des Iran.

Die proamerikanische Opposition auf der Insel ist, wenn überhaupt vorhanden, äußerst klein und unbeliebt. Der Vorsitzende der Patriotischen Union Kubas, José Daniel Ferrer, war im Dezember 2025 ebenfalls gezwungen, nach Miami auszureisen. Nun gibt es auf der Insel keine mehr oder weniger einflussreichen Oppositionellen mehr,

die relativ breite Unterstützung in der Gesellschaft genießen würden.

Die Patriotische Union Kubas (span. Unión Patriótica de Cuba, abgekürzt UNPACU) ist eine der größten und aktivsten Dissidentenorganisationen in Kuba, die am 24. August 2011 vom Menschenrechtsaktivisten José Daniel Ferrer gegründet wurde. Sie positioniert sich als zivilgesellschaftliche Organisation, die sich für einen friedlichen Kampf gegen Verletzungen der Bürgerrechte und Freiheiten in Kuba einsetzt.

Wie effektiv kann die Strategie der USA zur Unterdrückung Kubas sein?

Wenn Präsident Trump öffentlich damit prahlt, dass »Kuba von selbst fallen wird«, muss man zwischen politischer Rhetorik und realer Wirtschaftspraxis unterscheiden. Die amerikanische Blockade des Inselstaates besteht bereits seit vielen Jahrzehnten, und die Tatsache, dass die Vereinigten Staaten zu den fünf größten Handelspartnern Kubas gehören, wird von niemandem beachtet.

Man muss verstehen, dass es in den USA einflussreiche Kräfte gibt, die an einer Zusammenarbeit mit Kuba interessiert sind, selbst in seiner derzeitigen Form.

Daher wird es Trump, egal was er sich wünscht, nicht gelingen, eine vollständige Blockade Kubas zu verwirklichen.

Was die möglichen Perspektiven für die weitere Entwicklung der Ereignisse angeht, so dürfte Kuba unter den gegenwärtigen Voraussetzungen in naher Zukunft standhalten. Die Emigrantopposition in Miami, die bis Ende 2026 auf den Untergang Kubas wartet, vergisst, welches Überlebenspotenzial die Kubaner in Jahrzehnten des Lebens unter extremen Bedingungen entwickelt haben. Deshalb hoffe ich sehr, dass es doch nicht zu einer Katastrophe für Kuba kommen wird.

Anmerkungen

- 1 <https://rtvi.com/opinions/kuba-dolzha-vystoyat-pochemu-ot-etogo-zavisit-sudba-rossii/>

Professor Viktor Heifez über Trumps aggressive Politik¹

10.3.2026

Trumps aggressive Politik ist systemischer Natur. Sie zielt darauf ab, nicht nur den Ländern Schaden zuzufügen, gegen die er direkt militärische Operationen durchführt, sondern generell dem Teil der Welt, der sich den amerikanischen Hegemonieansprüchen widersetzt. Zu Gast bei »AN« ist Viktor HEIFEZ, Professor am Lehrstuhl für Theorie und Geschichte der internationalen Beziehungen der Staatlichen Universität St. Petersburg, Doktor der Geschichtswissenschaften.

Venezuela ist verloren – was erwartet Kuba?

Venezuela, Kuba, Iran – Trumps Vorgehen gegenüber diesen Staaten wird von vielen als »Krieg gegen den Globalen Süden« interpretiert.

Zunächst einmal ist der Globale Süden kein einheitliches Gebilde. Die chinesisch-indischen oder indisch-pakistanischen Konflikte sind seit langem bekannt, und jetzt ist eine völlig ungewöhnliche Situation entstanden: Aufgrund der amerikanischen Aggression befindet sich der Iran, ein vollwertiges Mitglied der BRICS, faktisch im Kriegszustand mit den Vereinigten Arabischen Emiraten – ebenfalls ein vollwertiges Mitglied der BRICS.

Trumps Hauptziel ist sehr pragmatisch, die internationale Rolle der amerikanischen Währung zu erhalten. Die BRICS-Staaten haben ihre Abrechnungen in Dollar untereinander reduziert, und obwohl diese Reduzierung bisher noch geringfügig ist und der Dollar derzeit nicht bedroht ist, gefällt das Trump überhaupt nicht. Außerdem will er den Ölhandel kontrollieren – dafür braucht er die Kontrolle über Venezuela. Seine Position lautet, ich habe nichts dagegen, dass venezolanisches Öl nach Kuba geliefert wird, aber nur durch den privaten Sektor. Kuba wird dem vielleicht zustimmen, aber die Chinesen werden

mit solchen Bedingungen für den Kauf von venezolanischem Öl sicher nicht zufrieden sein. Sie sind bereit, sich aus Venezuela zurückzuziehen. Das Land ist natürlich ein wichtiger Aktivposten für die Chinesen, aber nicht so wichtig wie Brasilien.

»AN«: Was unser Land betrifft, so wurde bereits mehrfach über die Verluste durch die Entführung Maduros gesprochen. Es handelt sich um Investitionen in Höhe von mehreren Milliarden Dollar in den venezolanischen Öl- und Gassektor ...

Viktor Heifez: Sowie um unseren Kredit an Venezuela für den Kauf unserer Waffen im Wert von etwa fünf Milliarden Dollar. Wir werden ihn nicht zurückbekommen, bestenfalls können wir uns auf die Rückgabe eines Teils der Waffen einigen. Gleichzeitig ist anzumerken, dass unsere Präsenz in Venezuela nicht so bedeutend war, der strategische Status der Partnerschaft entsprach nicht ihrem tatsächlichen Umfang. Ein schwererer Schlag für Russland könnte der Verlust Kubas sein. Dieses Land hat für uns eine große symbolische Bedeutung als Verweis auf die Zeiten der geopolitischen Macht der Sowjetunion.

»AN«: Glauben Sie, dass wir auch Kuba verlieren werden?

V. Heifez: Ich kann nur sagen, dass die Risiken hoch sind. Die USA haben Kuba in eine schwierige Lage gebracht. Es hat nicht nur das venezolanische Öl verloren, sondern auch das mexikanische. 30 % des Öls erhielten die Kubaner aus Venezuela, aus Mexiko sogar noch mehr – 45 %. Anfang Februar hat Mexiko die Lieferungen eingestellt.

»AN«: Hat es sie eingestellt, weil Trump das so wollte?

V. Heifez: Die Mexikaner stellen dies als ihre souveräne Entscheidung dar. Sie haben erklärt, dass sie nicht unter

die erhöhten Zölle der USA fallen wollen und sind ihnen daher entgegenkommen.

»AN«: Und was will Trump von Kuba?

V. Heifez: Er hat öffentlich bekannt gegeben, dass er Verhandlungen mit Kuba führt, und obwohl die Kubaner dies nicht bestätigt haben, bin ich mir sicher, dass tatsächlich Verhandlungen stattfinden. Trump hat einfach eine lange Zunge und hat die Informationen vorzeitig veröffentlicht. Auch 2014 haben die Kubaner die Verhandlungen gelehnet, bis sie eine Einigung erzielt hatten (2014 begann eine »Tauwetterperiode« in den Beziehungen zwischen Kuba und den USA, die 2017 wieder beendet wurde. – Anm. »AN«).

Ich kann eine Vermutung darüber anstellen, was derzeit Gegenstand der Verhandlungen ist. Wenn die Amerikaner direkt die Frage nach einem Bruch Kubas mit Russland und China stellen, wird es schwierig sein, eine Einigung zu erzielen. Es ist eher anzunehmen, dass die USA eine Transformation des kubanischen Wirtschaftsmodells fordern. Sie garantieren der Elite die Beibehaltung der Kontrolle über einen Teil des Staatseigentums unter der Bedingung, dass private Hände – natürlich amerikanische – Zugang zu dem anderen Teil davon erhalten. Wenn dies geschieht, werden die USA sowohl die wirtschaftliche als auch die politische Kontrolle über die Karibik erlangen.

Ich teile nicht den Optimismus jener Kommentatoren, die behaupten, dass Kuba auf jeden Fall kämpfen wird. Der jüngste Vorfall mit dem Motorboot ist zwar beeindruckend, gibt aber keinen Anlass zu solch weitreichenden Schlussfolgerungen (gemeint sind die Ereignisse vom 25. Februar. Bewaffnete kubanische Oppositionelle und Terroristen, die in den USA leben, versuchten, mit einem amerikanischen Motorboot an der Küste Kubas anzulegen und eröffneten das Feuer auf die Grenzsoldaten, wurden

jedoch durch Gegenfeuer unschädlich gemacht. – Anm. »AN«).

Leider ist Kuba nicht mehr das, was es einmal war, die Kraftreserven früherer Zeiten sind erschöpft. Fidel ist nicht mehr da, Raúl ist nicht mehr da, und Díaz-Canel ist kein charismatischer Anführer, der die Massen hinter sich versammeln könnte. Die Menschen, die die kubanische Revolution gemacht haben, sind heute 90 Jahre alt. Ihre Erfahrungen sind für 30-Jährige, die noch nie ein gutes Leben gesehen haben, nicht relevant, woran nicht nur die kubanischen Behörden schuld sind, sondern auch die USA, die das Land mit einer Wirtschaftsblockade belegt haben. Ohne die amerikanische Blockade wäre der kubanische Sozialismus anders. Aber der Lebensstandard in Kuba ist so niedrig, dass die Menschen gezwungen sind, zwei Jobs zu haben, um sich Lebensmittel leisten zu können. Das trägt nicht gerade zur Stabilität des Regimes bei.

»AN«: Würden die Kubaner ihr Land im Falle einer amerikanischen Aggression etwa nicht verteidigen?

V. Heifez: Ich glaube, der Widerstand wäre nicht so massiv wie beispielsweise in den 1990er Jahren. Außerdem braucht Trump möglicherweise gar keine militärischen Maßnahmen. Er will einen Krieg mit Kuba vermeiden, natürlich nicht aus humanitären Gründen, sondern weil Kuba so nah an den USA liegt und die Flüchtlinge genau dorthin fliehen würden. Dementsprechend wird Trump versuchen, sich auf wirtschaftlichen Druck und die Destabilisierung der kubanischen Gesellschaft durch die Provokation von Protesten zu beschränken.

Allerdings wird er keine Zeit für Kuba haben, wenn er sich in Iran verstrickt. Und dass er sich verstrickt, wird immer wahrscheinlicher. Zuerst sprach er von einigen Tagen, dann von Wochen, und schließlich kündigte er eine mögliche Verlängerung der Fristen an.

Eine Bewährungsprobe für die BRICS

»AN«: Als die USA und Israel im Sommer den Iran angriffen, sagten Sie, dass dies dem Image der BRICS geschadet habe. Jetzt ist die Situation für die BRICS, wie

Sie bemerkt haben, noch komplizierter. Ein Mitglied der Organisation, der Iran, ist gezwungen, einem anderen Mitglied, den Vereinigten Arabischen Emiraten, Schläge zu versetzen.

V. Heifez: Im Sommer, während der Aggression gegen den Iran, hat die BRICS-Organisation durch ihre unklare Reaktion auf die Ereignisse ihrem eigenen Image geschadet. Viele BRICS-Länder haben einzeln deutlich reagiert, aber im Namen der Organisation wurde erst nachträglich eine Erklärung abgegeben, die irgendwie halbherzig war. Israel wurde verurteilt, Amerika jedoch nicht. Nun schweigt die BRICS-Gruppe einfach. Ich betone, dass nicht die Mitgliedsländer der Organisation schweigen, sondern die Organisation als solche. Das ist eine übermäßig passive Haltung.

»AN«: Was sollte die Organisation denn sagen? Iran, die VAE und andere Konfliktparteien zu einer »diplomatischen Lösung der Konflikte« auffordern?

V. Heifez: Für den Anfang zumindest das. Im Idealfall sollte sie als Plattform für Verhandlungen zwischen ihren Mitgliedern – Iran und den VAE – dienen, aber nichts dergleichen geschieht, was die Schwäche der Organisation deutlich macht. Diese Uneinigkeit beobachten wir nicht nur am Beispiel der BRICS-Staaten, sondern auch im gesamten Globalen Süden. Beachten Sie, von den lateinamerikanischen Ländern hat nur Kuba die Entführung Maduros entschieden verurteilt. Brasilien erklärte, dass es das nicht gutheiße, und das war's. Die anderen taten so, als wäre nichts geschehen. Die Entführung des Präsidenten eines Landes durch die Behörden eines anderen Landes erforderte nicht einmal die Einberufung der Organisation Amerikanischer Staaten! Und auch die BRICS-Staaten als Organisation gaben keine Erklärung ab. Trump ist sich dieser Uneinigkeit bewusst und nutzt sie gnadenlos aus.

»AN«: Und dennoch hat die BRICS heute mehr Gewicht als früher. Sie selbst haben angemerkt, dass Trumps Handlungen durch die Schritte der Organisation zur Abschaf-

fung der Hegemonie des Dollars motiviert sind. Die Aggression gegen den Iran ist keineswegs zufällig. Lassen Sie uns über die Bedeutung dieses Staates für die BRICS und insbesondere für Russland sprechen.

V. Heifez: In die BRICS werden Länder aufgenommen, die nicht nur über ein bestimmtes wirtschaftliches Entwicklungsniveau verfügen, sondern auch einen erheblichen regionalen Einfluss haben. Der Iran ist als einflussreicher Akteur in seiner Region wichtig. Es ist ein großer Lieferant von Öl und Gas, hat eine günstige geostrategische Lage und ist Teil der chinesischen Initiative »Belt and Road« (das Projekt »Belt and Road« zielt auf die Entwicklung von Infrastruktur, Logistik und Handel ab und verbindet China mit Europa, Afrika und Asien. – Anm. »AN«). Zu China muss hier besonders gesagt werden, dass, während die Lieferungen aus Venezuela laut offizieller chinesischer Erklärung nur 3 % seiner Ölimporte ausmachen, der Anteil der iranischen Lieferungen deutlich höher (10–13 %. – Anm. »AN«) ist. Tatsächlich ist das wirtschaftliche Erstarken Chinas der Hauptgrund für Trumps Vorgehen gegenüber Venezuela und Iran.

Was Russland betrifft, so wäre der Verlust eines strategischen Partners wie Iran auch für uns ein erheblicher Schaden. Viele schreiben derzeit, dass wir wirtschaftlich vom Iran-Krieg profitieren, da Russland und Iran als Energielieferanten Konkurrenten sind. Kurzfristig gesehen profitieren wir zwar davon, langfristig jedoch nicht. Eine Schwächung des Iran ist für uns definitiv nicht von Vorteil. Außerdem wird China, das die iranischen Öllieferungen kompensieren will, unser Öl nicht zu erhöhten Preisen kaufen. Die Chinesen sind harte Verhandlungspartner, es ist durchaus möglich, dass sie uns einen Preisnachlass abringen.

»AN«: Die Macht der USA als internationaler Akteur beruht nicht nur auf der Hegemonie des Dollars, sondern auch auf geschickter Öffentlichkeitsarbeit. Den Amerikanern gelingt es, ihre Ideologie der »Demokratie und Menschenrechte« so zu präsentieren, dass sie für viele Menschen in vielen Ländern attraktiv klingt. Was kann die BRICS dem entgegensetzen?

V. Heifez: Ich würde sagen, sie tut dies bereits. In den Unterlagen des letzten – brasilianischen – BRICS-Gipfels heißt es, ja, es gilt, Technologien zu entwickeln, es gilt, KI zu entwickeln, aber all dies muss einen sozialen Wert haben und nicht nur einen Marktwert. Eine solche Agenda, die den Menschen in den Mittelpunkt stellt, ist für die Bevölkerung der Länder des Globalen Südens sehr attraktiv, und wenn es den BRICS-Staaten gelingt, ihr nicht nur in Worten, sondern auch in Taten zu folgen, d. h. zu beweisen, dass unsere Länder nicht nur den Markt, sondern auch den Menschen in den Vordergrund stellen, dann hat unser Kampf um die Köpfe der Menschheit ernsthafte Erfolgsaussichten. Wirtschaftliche Rhetorik allein – »Befreien wir uns von der Macht des Dollars« – wird keinen Erfolg bringen.

»AN«: Trumps aggressive Handlungen, insbesondere der Krieg gegen den Iran, trüben die Stimmung der Russen erheblich. Wir sind keine Psychotherapeuten, aber lassen Sie uns dennoch die passenden Worte finden, um dieses Gespräch zu beenden.

V. Heifez: Ich glaube, Trump wird von Eitelkeit getrieben, vom Wunsch, sich als Herrscher der Welt zu präsentieren und mit einem besonderen Status in die Geschichte einzugehen. Bisher hatte er unglaubliches Glück und konnte viele seiner Pläne verwirklichen, aber ob er auch im Iran-Krieg Glück haben wird, ist noch völlig offen. Wenn er sich für den Anführer hält, für eine Art Akela, dann sollte er sich daran erinnern, dass Akela einmal versagt hat.

Die aktuellen Ereignisse lassen keinen Zweifel daran, dass dieser Mann nur die Sprache der Gewalt versteht. Seine Versprechen, die im Rahmen der russisch-amerikanischen Verhandlungen erreicht wurden oder erreicht werden können, werden nur in einem Fall erfüllt werden, wenn wir unseren Willen zeigen und ihn zwingen, sein Wort zu halten.

Anmerkungen

1 <https://argumenti.ru/interview/2026/03/989631/amp>

Sieben Lehren aus der Iran-Krise für Russland¹

2.3.2026

Iwan Timofejew² über fatalistische Entschlossenheit als Folge eines neuen Angriffs der USA und Israels

Der massive Luftangriff Israels und der USA auf den Iran kam kaum überraschend. Seit mehreren Monaten wurde die Schlagkraft im Persischen Golf konzentriert. Die angespannten iranisch-amerikanischen Verhandlungen waren ins Stocken geraten und hatten kaum Aussichten auf Erfolg. Der Tod des iranischen Obersten Führers Seyyed Ali Khamenei, seiner Familienangehörigen und einer Reihe von militärischen und politischen Führern des Iran hat große Resonanz ausgelöst. Der Iran reagiert mit Raketenangriffen auf Israel und amerikanische Infrastruktureinrichtungen in der Region. Die Militäroperation hat bereits den Seetransport von Öl im Persischen Golf gestört und zu einer Störung der Finanz- und Verkehrsinfrastruktur der Wirtschaftszentren in den Vereinigten Arabischen Emiraten und Katar geführt.

Der Iran hat gute Chancen, den Angriff zu überstehen – eine Bodenoffensive ist unwahrscheinlich. Die Angriffe werden jedoch zu einer weiteren Schwächung des industriellen Potenzials des Landes führen, die Wirtschaftskrise verschärfen und die Bevölkerung weiter verarmen lassen. Wenn Iran es schafft, durchzuhalten, steht die nächste Runde militärischer Angriffe bevor. Es sei denn, der Preis für die aktuelle Invasion erweist sich für alle als zu hoch. Die Situation um den Iran liefert einige Lehren, die für Russland wichtig sind.

Lektion 1: Auf Sanktionen folgt der Einsatz militärischer Gewalt

Die USA haben seit der Islamischen Revolution 1979 Sanktionen gegen den Iran verhängt. Das Land hat den wirtschaftlichen Druck ausgehalten, obwohl die Sanktionen spürbare Auswirkungen hatten. Er nahm in dem Maß zu, wie es Washington gelang, die Koalition der Länder, die die Sanktionen initiiert hatten, zu erweitern, sie auf

der Grundlage des UN-Sicherheitsrats zu internationalisieren und auch Drittländer in Bezug auf den Kauf von iranischem Öl zu beeinflussen. Die Sanktionen wurden von den USA und ihren Verbündeten stets mit dem Einsatz militärischer Gewalt (z. B. 1980, 1987, 2025) und mit Spezialoperationen wie der Ermordung von Nuklearingenieuren und Geheimdienstchefs, Cyberangriffen und der Androhung militärischer Schläge verbunden. Insgesamt ist die Praxis der Kombination von Sanktionen und militärischer Gewalt in den Händen der USA weit verbreitet. Beispiele hierfür sind der Irak, Jugoslawien, Libyen, Syrien und Venezuela.

In Bezug auf Russland ist der direkte Einsatz militärischer Gewalt derzeit noch schwierig. Ein großes Hindernis ist hier die Angst vor einer nuklearen Eskalation. Die Gewaltkomponente wird jedoch durch umfangreiche Hilfe für die Ukraine kompensiert.

Die Angriffe der ukrainischen Streitkräfte auf russisches Territorium finden regelmäßig statt. Trotz der Niederlage der ukrainischen Streitkräfte in der Region Kursk sind neue Militäraktionen möglich. Die militärische Modernisierung der europäischen NATO-Mitglieder erhöht die Wahrscheinlichkeit des Einsatzes von Gewalt in den Kontaktzonen zwischen Russland und der Nordatlantischen Allianz. Die gefährlichste Nachbarschaft besteht in der Ostseeregion. Die abschreckende Wirkung des nuklearen Faktors könnte durch die falsche Gewissheit zunichte gemacht werden, dass Russland aus Angst vor einer nuklearen Reaktion der NATO nicht riskieren wird, Atomwaffen einzusetzen. Militärische Krisen in den Beziehungen zwischen Russland und dem Westen sind in der einen oder anderen Form eine reale Perspektive.

Lektion 2: Der Druck des Westens wird langfristig sein

In Bezug auf den Iran wurde über viele Jahre hinweg eine Taktik der schrittweisen Erschöpfung angewendet. Während früher wirtschaftliche Elemente in Form von Sanktionen vorherrschten, geht es im letzten Jahr um erschöpfende Militärschläge. Diese sehen keine groß angelegten Bodenoperationen mit anschließender Besetzung des Landes vor. Es handelt sich um Raketen- und Bombenangriffe, von denen jeder das militärisch-industrielle Potenzial des Ziellandes zunehmend schwächt. Das bedeutet, dass seine Widerstandsfähigkeit in der nächsten Runde der militärischen Eskalation noch geringer sein könnte. Derzeit zeigt der Iran die Fähigkeit zu schmerzhaften Gegenschlägen. Aber jede neue Runde kann ihn auch schwächen.

Russland sollte sich darauf einstellen, dass der Druck des Westens, einschließlich der Sanktionen, langfristig sein wird.

Es geht dabei nicht so sehr um Jahre, sondern eher um Jahrzehnte. Eine episodische Lockerung einzelner Beschränkungen wird kaum zu ihrer vollständigen Aufhebung führen, insbesondere in Bereichen wie der Exportkontrolle von Gütern mit doppeltem Verwendungszweck. Das Gleiche gilt für den militärischen Bereich. Auf eine mögliche Atempause in den Kampfhandlungen in der Ukraine oder in anderen Regionen wird mit großer Wahrscheinlichkeit eine neue militärische Krise folgen.

Lektion 3: Zugeständnisse funktionieren nicht

Während des langjährigen Konflikts mit den USA hat der Iran in einer Reihe von Fällen Zugeständnisse gemacht. Das auffälligste Ereignis in diesem Zusammenhang ist wohl das »Iran-Atomabkommen«. Es wurde 2015 durch

die Resolution 2231 des UN-Sicherheitsrats besiegelt. Der Iran stimmte einer Reihe von Zugeständnissen hinsichtlich seines Atomprogramms zu, im Gegenzug für die Aufhebung der internationalen Sanktionen durch den UN-Sicherheitsrat und der einseitigen restriktiven Maßnahmen der USA und ihrer Verbündeten. Drei Jahre später zog Donald Trump die USA aus dem Abkommen zurück und stellte neue Forderungen an den Iran.

Die Kompromisse verschafften eine kurze Atempause, beseitigten aber letztlich nicht das Problem des anhaltenden Drucks der USA auf den Iran.

In den laufenden Verhandlungen mit den USA über die Ukraine zeigt Russland bemerkenswerte Hartnäckigkeit. Das mag bei allen, die auf Frieden hoffen, Kritik hervorrufen, denn jeder Tag der Kriegshandlungen kostet Menschenleben und verursacht materielle Verluste. Aber sie ist verständlich, wenn man bedenkt, dass auf einen Kompromiss die Forderung nach neuen Zugeständnissen folgen. Das bedeutet, dass man ihnen zumindest einseitig nicht nachgeben darf. Das Vertrauen in den Beziehungen zwischen Russland und den USA sowie zwischen Russland und der Ukraine ist extrem gering. Die Lektion aus dem Iran bestärkt nur die bestehende Wahrnehmung.

Lektion 4: Führer im Visier

Der Angriff auf den Iran zeigt, dass legitime Führer und wichtige Staatsbeamte zu vorrangigen Zielscheiben werden. Diese Tendenz wurde bereits durch die Entführung des venezolanischen Präsidenten Nicolás Maduro deutlich. Die Vernichtung von Führern oder ihr anschließender Tod kam auch schon früher im Rahmen von Militäroperationen vor. Man denke nur an den Sturm auf Amins Palast durch sowjetische Spezialeinheiten im Jahr 1979 oder an die Ermordung der Staatschefs Libyens und des Irak, die vor dem Hintergrund der militärischen Interventionen der USA und ihrer Verbündeten in diesen Ländern stattfanden. Dennoch war die Jagd auf Staatschefs früher kein Selbstzweck. Ihr Tod war oft das Ergebnis einer Verkettung von Umständen. Im Falle des Iran sehen wir die gezielte Vernichtung des obersten Führers und einer großen Anzahl von Beamten, darunter auch deren Familienangehörige.

Es ist offensichtlich, dass man sich in Russland der Gefahr für den Präsidenten und hochrangige Staatsbeamte sehr wohl bewusst ist.

Umso mehr, als Morde und Attentate auf Militärs, Führungskräfte verschiedener Ebenen, Journalisten und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens seit langem von Saboteuren auf unserem Territorium verübt werden. Die Erfahrungen im Iran bestätigen einmal mehr, dass die Sicherheit der Staatsführung nicht nur Aufgabe der Geheimdienste, sondern auch der Streitkräfte ist. Führungskräfte können sowohl aufgrund von Lücken in der Spionageabwehr und den Sicherheitsdiensten der Spitzenpolitiker als auch aufgrund von Lücken in der Luftabwehr und anderen Komponenten der Abwehr militärischer Angriffe zu einem leichten Ziel werden.

Lektion 5: Innere Unruhen begünstigen eine externe Invasion

Kurz vor den Luftangriffen kam es in Iran zu Massenprotesten. Diese waren größtenteils das Ergebnis innerer Widersprüche und angehäufter wirtschaftlicher Probleme. Bei Zusammenstößen zwischen Demonstranten und den Behörden kamen zahlreiche Menschen ums Leben. Die Proteste wurden von den Gegnern Irans politisiert. Sie konnten auch als Indikator für die Schwäche seines politischen Systems und die Gewissheit dienen, dass ein wirksamer Militärschlag zum Zusammenbruch der geschwächten Machtvertikale führen würde. Zumindest haben Militärschläge von außen schon früher zum Zusammenbruch politischer Systeme geführt. Zum Beispiel im Fall Libyens.

Die Erfahrungen aus dem Zerfall der UdSSR zeigen, dass interne Probleme in der Wirtschaft und Spaltungen in der Gesellschaft auch ohne äußere Einflüsse zu einer Katastrophe führen können.

Ein effektives Verwaltungssystem, rechtzeitige Reformen, ein Feedback zwischen Staat und Gesellschaft sowie Vertrauen zwischen beiden sind für die Aufrechterhaltung der inneren Stabilität von entscheidender Bedeutung. Spaltungen innerhalb der Gesellschaft und der Elite sowie zwischen beiden sind gleichbedeutend mit einer Einladung, den Druck von außen zu verstärken.

Lektion 6: »Schwarze Ritter« sind wichtig. Aber sie lösen nicht alle Probleme

Trotz umfassender Wirtschaftssanktionen gelang es dem Iran, Handelsbeziehungen zu einer ganzen Reihe von Ländern aufzubauen. In der wissenschaftlichen Literatur zu Sanktionen werden solche alternativen Handelspartner als »schwarze Ritter« bezeichnet. In den 1980er und 1990er Jahren wurde iranisches Öl gerne und mit Preisnachlässen in West- und Südeuropa sowie in der Türkei, Syrien, Japan, Indien, China und anderen Ländern gekauft. Die USA mussten enorme diplomatische Anstrengungen unternehmen, um viele dieser Länder dazu zu bewegen, ihre Importe iranischer Waren zu reduzieren oder ganz einzustellen. Den Handel mit dem Iran konnten die USA jedoch nicht vollständig blockieren. Teheran erzielte zwar weniger Gewinne aus dem Export, behielt aber die Einnahmen aus dem Außenhandel.

Anders gestaltete sich die Situation im militärisch-politischen Bereich. Der Iran stand seinen Gegnern allein gegenüber. Drittländer helfen den Gegnern nicht. Aber sie können oder wollen militärische Interventionen nicht verhindern. Die »Schwarzen Ritter« sind wirksam bei der Bekämpfung von Sanktionen, aber nutzlos bei der Abwehr militärischer Angriffe.

Russland hat seinen Handel unter den Sanktionsbedingungen schnell neu ausgerichtet. Der Umsatz mit China, Indien und anderen befreundeten Ländern ist um ein Vielfaches gestiegen. Dennoch bestehen zwischen uns keine gegenseitigen militärpolitischen Verpflichtungen.

Russland wird gezwungen sein, seinen Gegnern allein entgegenzutreten. Eine Ausnahme bildet die Beteiligung des Militärs der DVRK an der Bekämpfung der ukrainischen Streitkräfte im Oblast Kursk. Darüber hinaus sorgt Russland selbst für die Sicherheit seiner Verbündeten im Rahmen der OVKS, was seine Belastung und Verantwortung erhöhen.

Lektion 7: Das Gleichgewicht der Kräfte ist gefragt

Im Gegensatz zu vielen anderen Zielen militärischer Angriffe kann man den Iran kaum als harmloses Ziel bezeichnen. Im Jahr 2025 schlug Teheran mit Raketen und

Drohnen aus eigener Produktion zurück. Das Gleiche geschieht auch heute. Es ist noch zu früh, um über ihre Wirksamkeit und Genauigkeit zu urteilen. Allem Anschein nach schätzen die USA und Israel den Umfang der Schäden durch die Vergeltungsschläge des Iran als akzeptabel ein. Aber der Iran hat Maßnahmen ergriffen, die zuvor als extrem galten. Dazu gehört das Verbot der Schifffahrt in der Straße von Hormus. Wahrscheinlich wird es der amerikanischen Flotte gelingen, das iranische Verbot zu unterbinden und die Sicherheit der Schifffahrt zu gewährleisten, aber solche Maßnahmen erfordern Zeit und Kraft. Ihr Erfolg ist nicht offensichtlich, insbesondere wenn der Iran den Luftangriffen standhält.

Russland hat weitaus mehr Möglichkeiten, mögliche Angriffe auf sein Territorium auszugleichen. Selbst wenn man den nuklearen Faktor außer Acht lässt, verfügt Moskau über die technischen Möglichkeiten, in verschiedenen Umgebungen und geografischen Regionen erheblichen Schaden anzurichten.

Allerdings schließt die bloße Existenz einer solchen Möglichkeit nicht aus, dass der Gegner die Schäden durch ausgleichende Maßnahmen als schmerzhaft, aber akzeptabel empfinden wird. Streng genommen kann sich auch im nuklearen Bereich die Schwelle der Schadensempfindlichkeit ändern. Mit der Verschärfung des politischen Kampfes nimmt die Empfindlichkeit gegenüber Schäden ab, wie die Geschichte des 20. Jahrhunderts deutlich gezeigt hat. Die Situation um den Iran gibt kaum Anlass zu Optimismus. Vielmehr vermittelt sie eine fatalistische Entschlossenheit aller Seiten auf den verschiedenen Barrikaden. Diese fatalistische Entschlossenheit könnte zum Zeitgeist der nächsten Jahre werden.

Anmerkungen

- 1 https://www.kommersant.ru/doc/8478020?from=author_1
- 2 Autor: Iwan Timofejew, Generaldirektor des Russischen Rates für Internationale Angelegenheiten, Programmdirektor des Internationalen Diskussionsklubs »Waldai«

Warum die USA keinen Plan für den Iran haben¹

Sergej Lebedjew²

4.3.2026

Trump baut seine gesamte Politik auf dem übergeordneten Ziel auf, China zu schwächen. Die chinesische Wirtschaft ist jedoch stark von den Öl- und Gaslieferungen aus dem Iran abhängig, sodass das Chaos im Nahen Osten in erster Linie die geoökonomische Position Chinas beeinträchtigt. Und das ist für die USA das Wichtigste, alles andere ist nur Kollateralschaden.

Zum Zeitpunkt der Abfassung dieses Textes haben politische Experten noch immer kein Verständnis bezüglich der endgültigen Ziele der USA in diesem Konflikt. Darüber hinaus bestehen Zweifel, dass es in Washington überhaupt ein solches Verständnis gibt. Trumps Äußerungen sind noch widersprüchlicher als sonst, was den Eindruck erweckt, dass er auf einen schnellen Sieg mit einem schönen Bild gehofft und nicht weitergedacht hat.

In einer strengeren analytischen Sprache ausgedrückt, ist Trumps Ziel der Zusammenbruch des Regimes im Iran, was sich grundlegend von den üblicherweise von den USA verfolgten Zielen eines Regimewechsels unterscheidet. Als die USA beispielsweise mit der Invasion im Irak begannen, hatten sie zumindest eine ungefähre Vorstellung davon, welche Personen sie in Bagdad sehen wollten. Diese Nuance macht die Invasion im Irak nicht zu einer weniger falschen Entscheidung, aber sie macht sie durchdachter. Derzeit scheint Washington einfach davon auszugehen, dass es früher oder später zu Chaos im Land kommen wird, wenn sie konsequent die Schlüsselpersonen in der politischen und militärischen Führung des Iran eliminieren.

Die Umsetzung dieses Szenarios wird offensichtlich erhebliche Anstrengungen seitens der USA erfordern, während der Iran konsequent alles tun wird, um jegliche Erfolge Washingtons zu einem Pyrrhussieg werden zu lassen. Einfach ausgedrückt bedeutet dies, dass die Kosten für die USA, den Konflikt fortzusetzen, durch Druck auf die internationale Öl- und Gaslogistik in der Straße von Hormus und durch Druck auf die wichtigsten Ver-

bündeten der USA im Nahen Osten konsequent erhöht werden.

In einigen Expertenkommentaren wird die Vermutung geäußert, dass der Preis für Brent-Rohöl im Falle einer Verschärfung des Konflikts 200 Dollar pro Barrel erreichen könnte. Auch wenn ein solcher Sprung derzeit noch utopisch erscheint, sind die Auswirkungen des Nahostkonflikts auf die Öl- und Gasmärkte und die Weltwirtschaft insgesamt bereits deutlich zu spüren. Perspektivisch bedeutet dies einen Inflationsschock für die westlichen Länder und einen Anstieg des innenpolitischen Drucks auf Trump.

Auch die reichsten Monarchien am Persischen Golf sind an einer raschen Beendigung des Konflikts interessiert – und dabei geht es nicht einmal um den momentanen Schaden für ihre Volkswirtschaften, sondern vielmehr um die langfristigen negativen Auswirkungen auf das Investitionsklima in der Region.

Natürlich gibt es keine Garantie dafür, dass der innenpolitische und diplomatische Druck Trump zum Rückzug zwingen wird. Dies ist jedoch der entscheidende Trumpf, den Iran in der Hand hat, da die Islamische Republik die USA in einer direkten Konfrontation nicht besiegen kann.

Nehmen wir jedoch an, dass es den USA dennoch gelänge, alle Verwaltungssysteme im Iran zum Zusammenbruch zu bringen und Chaos im Land zu provozieren. Die Destabilisierung des Iran stellt eine erhebliche Herausforderung für die Nachbarstaaten dar, vor allem für Pakistan.

Man sollte sich an die separatistische Bewegung in Belutschistan erinnern – einer historischen Region auf dem Gebiet des Iran, Pakistans und Afghanistans. Die sogenannte Belutschistan-Befreiungsarmee könnte das Machtvakuum im Iran als einen guten Grund betrachten, ihre Bemühungen zu intensivieren.

Parallel dazu wird Pakistan höchstwahrscheinlich mit einem Zustrom von Flüchtlingen aus dem Iran konfron-

tiert sein, was seiner politischen Stabilität sicherlich nicht zuträglich sein wird.

Am wichtigsten ist jedoch die Tatsache, dass Pakistan der einzige muslimische Staat der Welt ist, der über Atomwaffen verfügt. Das Problem sind nicht die Arsenale an sich, sondern die Tatsache, dass das pakistanische Nuklearkommandosystem vermutlich teilweise dezentralisiert ist. Ich habe das Wort »vermutlich« hervorgehoben, da es zu diesem Thema keinen Expertenkonsens gibt und Islamabad offiziell eine streng zentralisierte Kontrolle über die Nuklearsprengköpfe ausübt. Dennoch wird in der politikwissenschaftlichen Gemeinschaft regelmäßig über das Risiko einer »unbefugten Nutzung« von Atomwaffen durch radikale Elemente in der pakistanischen Armee diskutiert. Angesichts der chaotischen Lage im Nachbarland steigt dieses Risiko einer »unbefugten Nutzung« erheblich.

Und hier stellt sich die Frage: Hat die USA wirklich keinen Plan? Wenn man die Äußerungen amerikanischer Politiker analysiert, entsteht genau dieser Eindruck. Vor einigen Wochen wurde Außenminister Marco Rubio bei einer Anhörung im Senat gefragt, wie es eigentlich weitergehen werde, wenn die iranische Führung neutralisiert sei. Er erklärte ehrlich, dass die Zukunft des Iran in dieser Situation eine »offene Frage« sei.

Dabei ist sich der nüchtern denkende Teil des Establishments bewusst, dass die iranische Opposition kaum in der Lage sein wird, die Macht zu übernehmen. Selbst im Falle eines vollständigen Zusammenbruchs des politischen Systems im Iran wären die wahrscheinlichsten Kandidaten für die neuen Führungspositionen in Teheran Vertreter des Korps der Islamischen Revolutionsgarden und anderer Sicherheitskräfte. Mit anderen Worten: Auf diese Weise werden die USA sicherlich keinen verlässlichen Verbündeten im Nahen Osten gewinnen. Ein Wechsel an der Spitze hat nur selten ernsthafte Auswirkungen auf den Kurs eines Schiffes und schon gar keine Auswir-

kungen auf dessen Konstruktion. Darüber hinaus wird die neue Führung bereits genau wissen, dass Verhandlungen mit den USA sinnlos und Zugeständnisse sogar lebensgefährlich sind. Mit anderen Worten: Alles wird wieder beim Alten bleiben.

Betrachtet man die Situation ausschließlich innerhalb der Region, scheint es, als würden die USA sich selbst sabotieren. Berücksichtigt man jedoch die Tatsache, dass Trump seine gesamte Politik auf das übergeordnete Ziel der Schwächung Chinas ausrichtet, sieht die Situation ganz anders aus. Die chinesische Wirtschaft ist ziemlich stark von den Öl- und Gaslieferungen aus dem Iran abhängig, weshalb das Chaos im Nahen Osten vor allem die geoökonomische Position Chinas beeinträchtigt. Und das ist für die USA das Wichtigste, alles andere ist nur Nebenschaden. Genau deshalb hat Washington auch keinen klaren Plan für den Iran.

Anmerkungen

- 1 <https://m.vz.ru/opinions/2026/3/4/1399303.html>
- 2 Sergej Lebedjew, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Weltwirtschaft und Strategie der Nationalen Forschungsuniversität »Hochschule für Wirtschaft und Politik«

Lehren für morgen¹

10.3.2026

Welche Rolle wird die Aggression gegen den Iran für die Zukunft der BRICS-Staaten spielen?

Fjodor Lukjanow²

Auf dem BRICS-Gipfel in Südafrika im Sommer 2023 beschlossen die fünf Mitgliedsstaaten, fünf neue Länder in die Gemeinschaft einzuladen. Unter den Kommentatoren gab es damals viele Skeptiker. Einige waren überrascht über die Auswahl der Kandidaten, die Kriterien blieben unklar. Andere beklagten, dass die Verdoppelung einer ohnehin schon heterogenen Vereinigung die Gefahr mit sich bringe, dass man sich künftig über nichts mehr einigen könne. Insgesamt schien die Entscheidung für einen extensiven Weg (quantitatives Wachstum) anstelle eines intensiven (Vertiefung der Zusammenarbeit) nicht unumstritten.

Einer der neuen Teilnehmer der BRICS-Staaten war der Iran. Im selben Jahr trat er der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SOZ) bei, dank der (wie sich herausstellte, vorübergehenden) Aufhebung der internationalen Sanktionen.

Der Angriff der USA und Israels auf den Iran brachte beide Vereinigungen in eine unangenehme Lage. Die Aggression gegen ein Mitglied zu ignorieren, ist ein Zeichen dafür, dass die Organisation in Wirklichkeit gar nicht existiert. Solidarität zu zeigen und die Verletzer des Völkerrechts zu verurteilen, ist riskant, denn niemand will einen direkten Konflikt mit Washington (und einige, wie Indien und vor allem die VAE, stehen in enger Partnerschaft mit ihm). Letztendlich hat die SOZ dennoch eine stromlinienförmige Erklärung abgegeben (tiefe Besorgnis und Aufruf zum Frieden), während die BRICS-Staaten schwiegen, wobei sie ihren informellen Status nutzten.

Die Position Indiens, das seit langem produktive Beziehungen zu Israel unterhält, ist vorhersehbar, aber die außergewöhnliche Zurückhaltung Chinas, eines wichtigen Wirtschaftskunden des Iran, hat viele verärgert. Es gab Gerüchte, dass sich die BRICS selbst »ausgelöscht« habe und es nicht mehr lohne, Kraft und Zeit in diese Struktur zu investieren. Ist das wirklich so?

Die Enttäuschung über die BRICS hängt mit einer übertriebenen Interpretation der Möglichkeiten dieser Gemeinschaft zusammen. Im Jahr 2023 kam es tatsächlich zu einer Weggabelung. Damals wurde einer schrittweisen Umwandlung in eine internationale Institution die Option eines sich ausweitenden »Raums ohne den Westen« vorgezogen. Nicht »gegen«, sondern eben »ohne«. Allerdings war es kaum möglich, die BRICS selbst als »Führergruppe« institutionell zu formalisieren. Die Interessen waren zu unterschiedlich. Und die zweite Option, also die Alternative zum Westzentrismus, ist rein potenzieller Natur. Angesichts der anhaltenden Kontrolle Amerikas über das globale Finanzsystem verfügt es über genügend Mittel, um jeglichen unabhängigen Initiativen entgegenzuwirken.

Dennoch ist es verfrüht, die BRICS-Staaten abzuschreiben. Die Trump-Regierung hat beschlossen, ihr gesamtes Arsenal einzusetzen, um den relativen Niedergang des Einflusses der USA und des Westens auf der Weltbühne umzukehren. Dies geschieht auf äußerst unverblünte Weise durch direkten Druck. Der Krieg gegen den Iran bedeutet, dass die letzten Hemmnisse abgeworfen und auf rohe Gewalt gesetzt werden, die allein durch ihre Existenz legitimiert ist. Eine unmittelbare Wirkung ist möglich – niemand will sich ihr unterwerfen. Aber auf längere Sicht ist es schwierig, das Erreichte zu halten, weil sich ein wichtiger konzeptioneller Wandel vollzieht.

In der Ära der liberalen Globalisierung wurde das von den westlichen Ländern eingeführte und aufrechterhaltene Regelwerk vom Rest der Welt vor allem wegen seiner Zweckmäßigkeit akzeptiert. Zwar profitierte vor allem die entwickelte Welt davon, aber auch für andere fiel etwas ab. Das war die grundlegende ideologische Botschaft, mit der die Hegemonie gerechtfertigt wurde. Sie kommt allen zugute, wenn auch in unterschiedlichem Maße. Und das entsprach im Großen und Ganzen auch der Realität.

Heute wird dieser Ansatz sogar auf rhetorischer Ebene verworfen. Trump erinnert mit seinem Verhalten an eine Karikatur eines kapitalistischen Bösewichts aus der sowjetischen Propaganda: Wir rauben alle aus, und damit hat sich die Sache erledigt. Und versuchen Sie mal, sich zu wehren! Doch so mächtig die Vereinigten Staaten auch sein mögen, es wird nicht gelingen, die Welt auf diese Weise endlos zu schikanieren. Die Notwendigkeit, Umgehungswege in der Weltpolitik und Wirtschaft zu suchen und schrittweise Unabhängigkeit von den Stimmungen in den USA zu erlangen, ist nun für alle offensichtlich. Noch vor relativ kurzer Zeit mussten viele davon überzeugt werden.

Es gibt keinen Grund zu erwarten, dass die BRICS-Staaten eine Mauer gegen den amerikanischen Druck bilden werden. Aber in dieser Gruppe von Ländern gibt es diejenigen, die grundsätzlich in der Lage sind, die Gestaltung der Weltordnung in den kommenden Jahren zu beeinflussen. Der Druck der USA (neben dem Einfluss Israels) bedeutet nicht mehr den Versuch, die bisherige Weltordnung aufrechtzuerhalten, wie es unter Biden der Fall war, sondern einfach das Bestreben, ihre Vorteile mit Gewalt so weit wie möglich zu verteidigen. Die Wut, die die BRICS-Staaten bei Trump hervorruft (er hat dies mehrfach zum Ausdruck gebracht), spiegelt die instinktive Anerkennung dieser Gemeinschaft als etwas potenziell Bedeutendes wider. Der Erhalt des Zusammenschlusses ist eine Lektion für die Zukunft.

Anmerkungen

- <https://profile.ru/columnist/uroki-na-zavtra-1832699/>
- Fjodor Lukjanow, Chefredakteur der Zeitschrift »Russland in der globalen Politik« seit ihrer Gründung im Jahr 2002. Vorsitzender des Präsidiums des Rates für Außen- und Verteidigungspolitik Russlands seit 2012. Wissenschaftlicher Direktor des Internationalen Diskussionsklubs »Waldai«. Forschungsprofessor an der Nationalen Forschungsuniversität »Hochschule für Wirtschaft«.

10.3.2026

Washington am Telefon: Trump, der erkannte, dass er sich in Iran in eine schwierige Lage gebracht hatte, rief Putin am Abend an¹

Die durch den Krieg in die Höhe getriebenen Ölpreise und der Widerstand der Perser gehörten definitiv nicht zu Washingtons Plänen

Konstantin Olschanski

Am Abend des 9. März rief Donald Trump Wladimir Putin an, um die weltpolitische Lage zu besprechen. Das Gespräch zwischen den beiden Präsidenten fand zum ersten Mal seit mehreren Monaten statt und dauerte etwa eine Stunde.

Wie der Berater des Präsidenten, Juri Uschakow, erklärte, war das Gespräch »geschäftlich, offen und konstruktiv«. Dabei merkte Uschakow an, dass die Staatschefs seit langem nicht mehr direkt miteinander gesprochen hatten – das letzte Mal war im Dezember 2025.

Offiziellen Meldungen zufolge diskutierten sie die Lage in Iran, der Ukraine und Venezuela.

Putin unterbreitete Trump seine Vorschläge für eine rasche politische und diplomatische Lösung der Situation um den Iran. Russland verfügt über alle Möglichkeiten dazu, da es eines der wenigen Länder ist, das gleichermaßen vertrauensvolle Kontakte sowohl zu Iran und den Ländern der »Achse des Widerstands« (Irak, Jemen, Palästina, Libanon) als auch zu den arabischen Monarchien am Persischen Golf (VAE, Saudi-Arabien, Katar) unterhält.

Das Hauptthema der Gespräche ist jedoch die weltweite Energiekrise, die Experten bereits als die schwerste seit den 1970er Jahren bezeichnen. Am Vorabend des Gesprächs der Präsidenten durchbrachen die Ölpreise die Marke von 100 Dollar, was seit 2022 nicht mehr vorgekommen war.

Donald Trump veröffentlichte am Montag Erklärungen zu seinen neuen Ansätzen zur Ölpreisgestaltung: Um die Preise zu stabilisieren, müssen angeblich strategische Reserven genutzt werden, wie der Guardian berichtet.

Eine dieser Reserven sind gerade Lieferungen aus Russland. Die USA haben bereits einzelne Sanktionen gegen russische Energieexporte gelockert. So erteilte das US-Finanzministerium Anfang März eine 30-tägige Genehmigung, die es indischen Raffinerien erlaubt, russisches Öl zu beziehen, das bereits vor dem 5. März auf Tanker verladen wurde.

Als Ziel dieses Schrittes nannten US-Beamte das Bestreben, »einen ununterbrochenen Ölfluss auf dem Weltmarkt sicherzustellen« und die Auswirkungen der Energiekrise abzumildern.

US-Finanzminister Scott Bessent erklärte in einem Gespräch mit Fox Business, dass die aktuelle Entscheidung über die Genehmigung von Geschäften nur für Öl gilt, das sich bereits auf See befindet, und nach Einschätzung Washingtons »der russischen Regierung keinen nennenswerten finanziellen Vorteil verschaffen wird«, da sie keine neuen Einnahmequellen erschließt.

Allerdings handelt es sich hierbei um eine rein populistische Aussage für den amerikanischen Wähler. Gleichzeitig erklärte Bessent, dass das Weiße Haus die Sanktionen gegen russische Öllieferungen weiter lockern könnte, sollte sich die Lage auf den Energiemärkten verschlechtern.

Für Moskau ist diese »vorübergehende« Entscheidung Washingtons ein Signal dafür, dass die US-Regierung bereit ist, ihre Sanktionspolitik anzupassen, wenn die globalen Marktrisiken zu hoch werden.

Die Lockerung der Sanktionsbeschränkungen wurde wahrscheinlich auch während des Telefongesprächs zwischen Putin und Trump diskutiert.

Westliche Experten merken an, dass der Iran-Krieg eine Art Katalysator für den Neustart der Beziehungen zwischen Russland und den USA ist, schreibt die Washington Post. Für die Amerikaner ist es viel wichtiger, dass Russland der größte Exporteur von Energieressourcen bleibt, als dass es in den Ukraine-Konflikt verwickelt ist.

Die USA hingegen sehen sich trotz ihrer multilateralen Verpflichtungen und Bündnisbeziehungen mit der Notwendigkeit konfrontiert, die Auswirkungen auf die weltweite Nachfrage nach Öl und auf die eigene Wirtschaft zu minimieren, schreibt die Washington Post. Einfach ausgedrückt: Für Trump sind eigene Interessen wichtiger als Parolen.

Die Washington Post und der Guardian stellen fest, dass die Amerikaner vor dem Hintergrund des Krieges im Iran ein schwieriges Gleichgewicht zwischen Konkurrenz und Zusammenarbeit finden müssen. Einerseits halten die USA weiterhin an ihrer militärisch-politischen Position fest, andererseits sind sie gezwungen, die Handlungen Russlands als Stabilitätsfaktor auf der internationalen Bühne zu berücksichtigen.

Analysten der Times betonen, dass der Dialog zwischen Trump und Putin als Suche nach einer neuen stabilen Weltordnung betrachtet werden kann, in der die USA und Russland gezwungen sind, in Fragen zusammenzuarbeiten, die die globale Sicherheit direkt bedrohen – sei es im Energiebereich oder beispielsweise in Bezug auf die nukleare Bedrohung.

Wie man sieht, war das Gespräch zwischen Putin und Trump zwar kein Wendepunkt in der internationalen

Politik, aber es hat deutlich eine Verlagerung von konfrontativer Rhetorik hin zu pragmatischer diplomatischer Realität signalisiert.

Der Krieg im Iran, der Anstieg der Ölpreise und die Notwendigkeit, globale Instabilität zu verhindern, machen eine strategische Zusammenarbeit zwischen Russland und den USA nicht nur möglich, sondern auch notwendig.

Anmerkungen

1 <https://svpressa.ru/politic/article/505968/?hta=1>

Aggression gegen den Iran¹

Was geschieht und was noch geschehen wird

13.3.2026

Sergej Glasjew²

Die Aggression der USA gegen den Iran vollendet einen weiteren Ordnungswandel, in dessen Folge sich das Zentrum der Weltwirtschaft nach Ost- und Südasiens verlagert hat, wo sich ein Planung und Markt integrierendes Weltwirtschaftssystem gebildet hat, in der der Staat unternehmerische Initiative im Hinblick auf die Steigerung des Volkswohlstands und die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der nationalen Wirtschaft fördert und dabei strategische Planung mit Marktkonkurrenz, staatliche Kontrolle über das Währungssystem und privates Unternehmertum verbindet.

Ein Dritteljahrhundert nach dem Zusammenbruch der UdSSR bricht die Pax Americana zusammen indem der Übergangsprozess von einer imperialen zu einer integralen Weltwirtschaftsordnung (WWO) vollendet wird. Wie immer wird dieser Prozess durch einen Weltkrieg vermittelt, der derzeit hybriden Charakter hat. Ganz im Sinne der Theorie wird er von dem Land ausgelöst, das das Zentrum des zu Ende gehenden jahrhundertelangen systemischen Zyklus der Kapitalakkumulation bildet, mit dem Ziel, seine globale Hegemonie zu bewahren, und unterliegt dem neuen Führer, der zum Zentrum der einer entstehenden neuen Weltwirtschaftsordnung wird. Washington hat in Europa einen Krieg gegen Russland entfesselt, wodurch es seine Verbündeten geschwächt und China gestärkt hat, das nun nicht mehr nur im Produktionsbereich, sondern auch im wissenschaftlich-technischen Bereich zur weltweiten Führungsmacht geworden ist. Gleichzeitig haben die USA mit ihren Sanktionen das internationale Handels- und Währungsrecht zerstört, das als Plattform zur Sicherung ihrer Hegemonie diente, und den Dollar diskreditiert, der aufgehört hat, eine vollwertige Weltwährung zu sein, deren Ausgabe es ihnen ermöglichte, ihr Haushalts- und Handelsbilanzdefizit zu finanzieren.

Die Aggression gegen den Iran war bereits in der wahnwitzigen Doktrin von Brzezinski vorgesehen, die bis heute die Politik Washingtons bestimmt. Nach dem Zusammenbruch der UdSSR schlug er im Einklang mit seiner angeborenen Russophobie einen 5-Stufen-Plan zur Errichtung der globalen Vorherrschaft der USA vor. In der ersten Phase sollte die russische Welt gespalten werden, indem in der Ukraine Bandera-Anhänger an die Macht gebracht und das Land in ein anti-russisches Land verwandelt würde. In der zweiten Phase sollte Europa von Russland losgelöst werden. Anschließend sollte in Moskau ein Staatsstreich durch die Kräfte der Kompradorenoligarchie organisiert werden, um ein proamerikanisches Marionettenregime zu etablieren. Danach sollte der Iran vernichtet werden. In der letzten Phase sollte die VR China isoliert werden, indem ein Handelsembargo gegen sie verhängt wird, um eine Massenhungersnot herbeizuführen.

Den amerikanischen Geheimdiensten ist es gelungen, ihren europäischen Marionetten diesen absurden Plan aufzuzwingen, was dazu führte, dass die EU in eine unumkehrbare sozioökonomische Krise hineingezogen wurde. In Russland hat die äußere Bedrohung wie üblich das Volk geeint und die Macht gestärkt, die sogar die Kompradorenoligarchie zügelte. Am meisten jedoch hat die Umsetzung von Brzezinskis abenteuerlichem Plan die VR China gestärkt und eine Neuausrichtung der außenwirtschaftlichen Beziehungen Russlands vom Westen nach Osten bewirkt.

Da Washington in der antirussischen Kampagne keinen Erfolg hatte und das Ziel der dritten Phase nicht erreichte, begann es mit der Umsetzung der vierten Phase des aussichtslosen Plans von Brzezinski – der Zerstörung des Iran. Gerade die Zerstörung dieses Landes mit seiner Zerstückelung und dem endgültigen Entzug der nationalen Souveränität ist das Ziel der amerikanisch-israelischen

Aggression. Dabei spielen die israelischen Zionisten die führende ideologische Rolle bei der Umsetzung dieser Phase, so wie in der ersten Phase die ukrainischen Nazis und in der zweiten die deutschen Revanchisten die führende Rolle spielten.

Die US-Administration ist aus Angst vor dem Verlust der innenpolitischen Unterstützung bestrebt, einen hybriden Krieg mit fremden Händen zu führen und opfert dabei ihre Verbündeten. Dies erklärt auch die zahlreichen Provokationen, die von amerikanischen und israelischen Geheimdiensten inszeniert werden, um ihre potenziellen Verbündeten zu mobilisieren, darunter der Luftangriff auf einen britischen Militärstützpunkt auf Zypern, Angriffe auf die Energieinfrastruktur und der Beschuss von Wohnhäusern in den Hauptstädten der Golfstaaten sowie Drohnenangriffe auf aserbajdschanischem Gebiet. Die Einbeziehung Aserbajdschans in den Krieg ist Teil einer amerikanischen Strategie, die auf die Zerschlagung des Iran nach national-territorialen Gesichtspunkten abzielt, mit der Abspaltung der von Kurden und Aserbajdschanern bewohnten Provinzen.

Die iranische Führung ist sich der existenziellen Bedrohung durch den aktuellen Krieg bewusst und bereit, bis zum Äußersten zu gehen, um ihre derzeitige Staatlichkeit zu verteidigen. Wie wir vorausgesagt hatten, hat sie als Reaktion auf die Aggression die Straße von Hormus gesperrt und damit eine weltweite Energiekrise provoziert. Laut einer lange zurückliegenden Prognose von »Goldman Sachs« könnten die Ölpreise auf 700 Dollar pro Barrel steigen, was in Europa eine Kette von Insolvenzen und Zahlungsausfällen auslösen würde, die, greifen sie auf die USA über, das Platzen von Finanzblasen im Wert von Billionen Dollar bei Derivaten sowie den Zusammenbruch der mehrere Billionen Dollar schweren amerikanischen Schuldenpyramide zur Folge hätten.

Bislang sind die Gaspreise infolge der Einstellung der Lieferungen aus Katar stark gestiegen, was die Wirtschaftskrise in Europa verschärft hat. Sollte auch Russland seine Lieferungen einstellen, könnten die amerikanischen Marionetten in der EU ihre Macht verlieren und ihren Platz an Pragmatiker abtreten, da sich die Energie- und Wirtschaftskrise zu einer sozialen Katastrophe ausweitet. Die Pax Americana ist bereits durch den Handelskrieg und aggressive Äußerungen Trumps gegenüber einer Reihe von NATO-Staaten untergraben worden und könnte durchaus zerfallen, sollte NATO-Generalsekretär Rutte seine Drohung wahr machen, den Artikel über die kollektive Verteidigung gegen den Iran anzuwenden. Genau aus diesem Grund haben israelische Geheimdienste einen Überfall auf einen britischen Stützpunkt auf Zypern verübt und Iran für diese Provokation verantwortlich gemacht.

So oder so verspricht ein Krieg gegen den Iran der EU nichts Gutes. Es ist kaum anzunehmen, dass diese Phase des hybriden Krieges Washington nützen wird, das in den ersten beiden Phasen durch den Abfluss von Kapital und Fachkräften aus Europa nicht unerheblichen Nutzen gezogen hat. Offensichtlich hat es sich ebenso wenig ausgezahlt, auf einen Staatsstreich im Iran zu setzen, wie es bisher nicht gelingt, einen Aufstand kurdischer und aserbaidjanischer Separatisten zu organisieren. Auch die Versuche, die Länder am Persischen Golf zu militärischen Aktionen gegen den Iran zu provozieren, bleiben erfolglos. In dem Maße, wie Washington die Initiative verliert, wird die iranische Führung ihren Einfluss in den europäischen Ländern verstärken, die antiisraelische Koalition im Nahen Osten wiederbeleben und zu unerwarteten Gewaltaktionen greifen. Sobald sich der Schock gelegt hat, wird der Iran Unterstützung von den von ihm abhängigen Ölimporturen erhalten, darunter China und Indien, sowie von der islamischen Welt mit ihrer zahlreichen Diaspora in der EU.

Sollte die iranische Führung standhalten, wird der Krieg auch für Israel ernsthafte Risiken mit sich bringen. Diese Risiken werden umso gravierender sein, je mehr Not die iranische Bevölkerung erleiden muss. Als Reaktion auf die Bombardierung von Entsalzungsanlagen wird der Iran versuchen, die Wasserversorgungssysteme in Israel lahm-

zulegen. Als Reaktion auf die Angriffe in Bushehr, Nuklearanlagen in Israel zu treffen. Genauso wie er heute mit Schlägen gegen militärische Einrichtungen und Flughäfen symmetrisch reagiert. Je länger sich der Krieg hinzieht und je mehr sich die soziale Katastrophe im Iran nach dem Völkermord an den Palästinensern ausbreitet, desto stärker werden die antizionistischen Stimmungen in den arabischen Ländern zunehmen und deren Regierungen zur Solidarität mit dem Iran drängen.

Die Verschlechterung der Lage Israels aktiviert den bestehenden Plan zur Umsiedlung eines Teils seiner Bevölkerung in die Ukraine, wofür auf dem rechten Ufer des Dnepr von ukrainischen Nazis ein Völkermord an Russen verübt wird. Indem es Männer aus den Oblasten Dnepropetrowsk, Nikolajew, Cherson und Odessa tötet und faktisch zur Vertreibung zwingt, macht das nationalistische Regime von Selenskij Platz für Flüchtlinge aus Israel. Infolge der ersten Aggression gegen den Iran haben bereits mehrere hunderttausend Einwohner das Land auf der Flucht vor dem Krieg verlassen. Je länger sich dieser hinzieht und je stärker die Bedrohungen werden, desto mehr könnte ihre Zahl auf 2 bis 3 Millionen ansteigen.

Die amerikanisch-israelische Aggression hat einen Strudel des Chaos geschaffen, in den jeden Tag mehr soziale Gruppen und Länder hineingezogen werden. Es gibt mehrere Prognoseszenarien für ihre Ausweitung, von denen keines die Pax Americana vor dem Zusammenbruch bewahren wird. Selbst im für die derzeitige US-Regierung günstigsten Szenario eines Staatsstreichs und der Zerschlagung des Iran wird sich ihre sozioökonomische und wahlpolitische Basis weiter verschlechtern. Erstens aufgrund der Unfähigkeit, die Effektivität der Wirtschaft durch die im Rahmen des auslaufenden internationalen Handelssystems angewandten Methoden der Handelskriege und Währungsanktionen zu steigern, und zweitens aufgrund der Enttäuschung der verarmenden Mittelschicht über die widersprüchliche Politik Trumps, der in seinem politischen Auftreten gleichzeitig an Gorbatschow und Jelzin erinnert. Die innere Widersprüchlichkeit des Ersten und die zerstörerische Kraft des Zweiten haben sich auf bizarre Weise im letzten Imperator der Pax Americana verkörpert, der mit seinen Handlungen

zu deren Zerstörung den Übergang zu einem neuen Weltwirtschaftssystem vollendet, der vor einem Vierteljahrhundert mit dem Zusammenbruch der UdSSR begann.

Was wird geschehen?

Bekanntlich ist es leicht, einen Krieg zu beginnen, aber schwer, ihn zu beenden. Leider kennen diejenigen, die militärische Gewalt einsetzen, um ihre Ziele zu erreichen, diese einfache historische Lektion oft nicht.

Oben wurden ausgehend von der Theorie der langfristigen Wirtschaftsentwicklung als Prozess des Wechsels technologischer und weltwirtschaftlicher Ordnungen die objektiven Ursachen dieser Episode des weltweiten hybriden Krieges aufgezeigt, den die herrschende Elite der USA führt, um ihre globale Hegemonie zu bewahren. Seltsamerweise verläuft dieser Krieg nach dem utopischen Plan von Brzezinski, dessen Umsetzung für die USA in einer Katastrophe enden wird. Die Frage ist, wie genau dies geschehen wird und welche Folgen dies für Russland und die Welt haben wird.

Über einige offensichtliche Folgen wurde bereits gesprochen. Sie sind bereits im Gange und werden bis zu ihrem logischen Ende andauern, unabhängig vom weiteren Verlauf des amerikanisch-israelischen Krieges gegen den Iran. Dazu gehört erstens der Zusammenbruch der Pax Americana. Dies zeigt sich bereits darin, dass die meisten NATO-Partner in diesem Abenteuer keine Solidarität mit den USA zeigen. Bei ähnlichen Abenteuern gegen den Irak und Libyen war diese Solidarität noch uneingeschränkt vorhanden. Das Bündnis könnte auseinanderbrechen, wenn sein paranoider Sekretär Rutte von den Mitgliedern kollektive Maßnahmen zum Schutz der USA verlangt. Dies könnte geschehen, nachdem der Iran den USA inakzeptablen Schaden zugefügt hat, sei es durch die Versenkung eines Flugzeugträgers, den massenhaften Tod von Soldaten, Terroranschläge in den USA selbst usw.

Zweitens, das Platzen der Dollar-Finanzblasen infolge eines drastischen Anstiegs der Öl- und Gaspreise. Obwohl diese nach dem ersten Anstieg wieder zurückgingen, befindet sich der größte amerikanische Finanzkonzern »BlackRock« bereits in einem technischen Default.

Drittens, der Zusammenbruch des Dollar-Finanzsystems und die Umstellung einer Reihe führender Länder auf Abrechnungen in anderen Währungen. Bislang haben dies in vollem Umfang nur der Iran und Russland getan, dessen Zentralbank beharrlich weiterhin den Dollar und nicht den Rubel notiert. China hat jedoch bereits den digitalen Yuan für internationale Abrechnungen eingeführt und die ersten Transaktionen ausgerechnet mit den Ländern am Persischen Golf durchgeführt. Indien schlägt den BRICS-Staaten vor, die Einführung von Abrechnungen in digitalen Währungen der Zentralbanken zu erörtern. Nur unsere Zentralbank orientiert sich weiterhin an Washington, weshalb dies 2024 auf dem BRICS-Gipfel der Staatschefs in Kasan nicht umgesetzt wurde.

Diese Folgen werden auf jeden Fall eintreten, da sie durch objektive Gesetzmäßigkeiten des Wandels der Weltwirtschaftsordnung bedingt sind, deren Verlauf Washington durch seinen Handelskrieg gegen China, die Finanzsanktionen gegen Russland, die Entführung Maduros und nun die Aggression gegen den Iran drastisch beschleunigt hat. Betrachten wir weitere mögliche Folgen, die von den Szenarien für den weiteren Verlauf des Krieges abhängen.

Das erste Szenario – ein Staatsstreich und der Zerfall des Iran, auf den die USA und Israel gesetzt hatten – scheint mittlerweile unwahrscheinlich geworden zu sein. Sollte es dennoch eintreten, wird dies die USA nicht vor den oben genannten Folgen bewahren. Die Abkehr unabhängiger Länder vom Dollar, das Platzen von Finanzblasen und die Wirtschaftskrise sowie die Entfernung der Satelliten vom Piratenschiff Washington werden sich fortsetzen, zusammen mit dem Zusammenbruch des Systems des internationalen Handels- und Währungsrechts, das von der herrschenden Elite der USA verursacht wurde. Und dies wird sich fortsetzen, unabhängig davon, ob Trump im Amt bleibt und wer sein Nachfolger wird.

Das zweite Szenario – weder Krieg noch Frieden – scheint derzeit am wahrscheinlichsten. Mit der Erschöpfung der Munitionsvorräte und dem Anwachsen des inneren Widerstands wird Washington seine militärischen Aktionen auf Versuche beschränken, die Straße von Hormus wieder zu öffnen. Doch dies wird ihm kaum schnell

gelingen, weshalb der bereits einsetzende Anstieg der Öl- und Gaspreise anhalten wird. Sollte sich die Prognose von »Goldman Sachs« über einen Ölpreis von bis zu 700 Dollar pro Barrel nach einer Sperrung der Straße von Hormus bewahrheiten, werden die Finanzblasen sehr schnell platzen, und die Energiekrise wird sich augenblicklich zu einer sozioökonomischen Katastrophe in Europa ausweiten. Möglicherweise wird dies ihren russophoben Rausch dämpfen und sie dazu zwingen, ihre Unterstützung für die Bandera-Anhänger in der Ukraine einzustellen. Die größten Probleme stehen den Monarchien am Golf bevor, denen aufgrund der Sperrung der Straße von Hormus bereits die Nahrungsmittelvorräte ausgehen und die gigantische finanzielle Verluste erleiden. Sollten die USA die Blockade der Meerenge nicht wieder aufheben können, wird sich die Position des Iran in der Region drastisch festigen, da seine Führung entscheiden wird, welche Schiffe durchgelassen und welche beschossen werden.

Ein drittes Szenario ist der Einsatz von Atomwaffen durch die wahnsinnig gewordenen Führer der USA und Israels, um den Iran zu vernichten. Die zentrale Frage dieses Szenarios lautet: Hat der Iran die Möglichkeit, mit gleicher Münze zurückzuzahlen? Je nach Antwort darauf könnte sich die gesamte Region des Nahen und Mittleren Ostens oder ein Teil davon in eine Zone sozialer und ökologischer Katastrophen verwandeln. Kaum eine der fragilen Monarchien am Golf wird diesen Schock überstehen. Ihnen droht die Flucht von Migranten, Touristen und Geld. Auch Israel wird es nicht gut ergehen. Allein die Drohung eines Gegenschlags mit Massenvernichtungswaffen wird Panik auslösen und zur Flucht der Hälfte der Bevölkerung führen, was bereits auf den Bildern vom Flughafen Ben Gurion zu sehen ist. Unter anderem in die Ukraine, sofern es gelingt, die Kriegshandlungen auf ihrem Territorium zu beenden. Die Reaktion der Weltöffentlichkeit wäre eindeutig negativ, und die USA könnten in die Isolation geraten. Auf jeden Fall würde dies ihrem Ansehen nicht zuträglich sein, und die oben beschriebenen Krisenprozesse würden sich beschleunigen.

Das vierte Szenario ist damit verbunden, dass der Iran Israel einen unerträglichen Schaden zufügt, das sich anschließend aus dem Krieg zurückzieht. Dies wird eine

Lawine antiisraelischer Bewegungen in der Region auslösen, die dessen Existenz selbst in Frage stellen werden. Ein Kompromiss könnte in diesem Fall auf der Grundlage der Umsetzung der UN-Resolutionen zur Gründung eines palästinensischen Staates erzielt werden. Eine Welle antiisraelischer Aktionen im Nahen Osten und in Westeuropa, das von Migranten aus dieser Region übervölkert ist, wird den Plan zur Schaffung einer jüdischen Autonomie in der Ukraine aktivieren. Möglicherweise liegt darin der wahre Sinn von Selenskijs Krieg gegen die Russen bis zum letzten Ukrainer. Sie werden durch Siedler aus Israel am rechten Ufer des Dnepr von Kiew bis Odessa ersetzt. Dementsprechend wird sich auch der Verlauf der Verhandlungen ändern. Um dieses Ziel zu erreichen, wird die ukrainische Delegation, die ausschließlich aus US-Bürgern besteht und in der kein einziger Ukrainer vertreten ist, schnell zustimmen, die Kampfhandlungen einzustellen und die ukrainischen Streitkräfte nicht nur aus dem Donbass, sondern auch aus Saporoschje abzuziehen.

Schließlich hängt das fünfte Szenario – die Einbeziehung der NATO in einen Krieg gegen den Iran – von den Handlungen der VR China ab. Sollten sie als Reaktion darauf eine Blockade gegen Taiwan verhängen, würde der Elektronikindustrie der NATO-Staaten ein Großteil der Chips entzogen, was zum Platzen der Blase der größten Unternehmen führen würde, die sich im Hype um künstliche Intelligenz aufgebläht haben, und was die Finanz- und Wirtschaftskrise verschärfen würde, die nicht nur in Europa, sondern auch in den USA selbst zu einer sozialen Katastrophe eskalieren würde.

Das sechste Szenario – die Eskalation der amerikanisch-israelischen Aggression gegen den Iran zu einem weltweiten Atomkrieg des Westens gegen den Osten, den Süden und den Norden – ziehen wir weder wegen seiner geringen Realitätsnähe noch wegen der offensichtlichen weltweiten katastrophalen Folgen für die Menschheit, einschließlich aller ihrer Akteure, in Betracht. Die Diskussion dieses apokalyptischen Szenarios überlassen wir den Propheten und Journalisten.

Bei jedem der oben beschriebenen Szenarien sowie aufgrund der objektiv wirkenden Gesetzmäßigkeiten des Wechsels der Weltwirtschaftsordnung wird infolge der

amerikanisch-israelischen Aggression eine Verschärfung der Wirtschaftskrise in der EU und den USA prognostiziert, die jeweils in eine soziale und finanzielle Katastrophe münden wird. Dies wird ihren russophoben Druck schwächen und die Position Russlands stärken, was dazu beitragen wird, rasch die Ziele der militärischen Spezialoperation zu erreichen.

Die ukrainischen Nazis werden sich entweder zu Wächtern der Kibbuzim umschulen lassen müssen oder das Offensichtliche anerkennen, dass eine prosperierende Ukraine nur in einem Bündnis mit Russland möglich ist, und die Waffen niederlegen und für die begangenen Verbrechen um Gnade beim Oberbefehlshaber Russlands bitten. Im ersten Fall wird das ukrainische Volk das Schicksal der Palästinenser teilen und sich nach und nach von Dienern zu Sklaven und zum Opfer neuer (oder alter, wenn man an die Zeiten der Polnisch-Litauischen Adelsrepublik und des Chasarenreichs denkt) Herren wandeln. Im zweiten Fall werden sich die Kleinrussen, Karpatenrussen und Neurussen, die sich heute als Ukrainer fühlen, an ihre russische Herkunft erinnern und in den Schoß der Russischen Welt zurückkehren, um gemeinsam mit unserem Land den Wohlstand und das Recht auf ein würdiges Leben wiederherzustellen. Die gewaltsam als Kanonenfutter mobilisierten Ukrainer müssen eine Entscheidung treffen, entweder als »Wyrus« (Person russischer Herkunft, die ihre russische Identität verloren hat, D. G.) schändlich zu sterben und ihre Frauen und Kinder der Belustigung und Ausbeutung durch Selenskis Herren zu überlassen, oder auf die Seite der russischen Armee überzulaufen und für sich und ihre Familien den wahren Glauben, die Wahrheit und eine gemeinsame Zukunft mit der russischen Welt zurückzugewinnen.

Anmerkungen

- 1 <https://izborsk-club.ru/27989>
- 2 Sergej Jurjewitsch Glasjew, russischer Ökonom, Politiker und Staatsmann, Mitglied der Russischen Akademie der Wissenschaften. Berater des Präsidenten der Russischen Föderation für Fragen der eurasischen Integration. Einer der Initiatoren und ständiges Mitglied des Isborski-Klubs.